

Die proletarische Revolution und ihr Programm

Von
Karl Kautsky



A 96 - 07229

Stuttgart 1922 Berlin
S. S. W. Dieß Nachfolger | Buchhandlung Vorwärts
G.m.b.H. G.m.b.H.

Die vollziehende Gewalt hat zu handeln. Sie hat rasch Beschlüsse für besondere Gelegenheiten zu fassen und sie sofort durchzuführen. Dazu ist ein größerer Körper schlecht geeignet. Die raschesten und entschiedensten Entschlüsse kann der einzelne fassen. Darum bringt auch der Krieg, der solche Entschlüsse am dringendsten notwendig macht, den möglichst unumschränkten Oberbefehl eines einzelnen mit sich.

Die vollziehende Gewalt läuft daher stets in eine oberste Spitze eines einzigen oder einiger weniger aus, eines Monarchen, Präsidenten, Ministeriums usw. Auch der Konvent konnte sich dieser Notwendigkeit nicht entziehen. Im März 1793 setzte er den Wohlfahrtsausschuß ein von neun, später von zwölf Mitgliedern. Dieser stand über den Ministern, ernannte Beamte und Generale sowie Kommissare mit unbeschränkten Vollmachten, kurz er und nicht der Konvent war der eigentliche Souverän. Aber selbst dieser Ausschuß war noch zu groß, um rasches und entschlossenes Arbeiten zu gewährleisten. Er teilte sich in drei Gruppen von je drei Mann, von denen die eine das Kriegswesen besorgte, die zweite die politische Polizei, während die dritte den Verkehr mit der Provinz in Gang hielt. Der Rest wurde meist außer Paris beschäftigt.

Von diesen Gruppen wieder wurden zwei besonders wichtig, die des Krieges und die der Staatspolizei, und in jeder der beiden war es ein Mann, der sie dirigierte, hier Carnot, dort Robespierre. Schließlich erlangte der letztere die größte Macht von allen. In der Tat wurde der Konvent die Furcht vor dessen Diktatur bis zu seinem Sturze am 9. Thermidor (27. Juli) 1794 nicht los.

Also auch damals setzte sich die tatsächliche Loslösung der vollziehenden von der gesetzgebenden Gewalt und ihre Konzentrierung in wenigen Händen durch die Gewalt der Tatsachen durch.

Erhebt es die Natur der Dinge, daß die vollziehende Gewalt nur bei einem kleinen Kollegium liegt, so ist das Gegenteil der Fall bei der gesetzgebenden Versammlung. Diese bildet den Ersatz für die Versammlung des Volkes, bei der in den primitiven Gemeinwesen die höchste Gewalt lag. Sie erwählte für bestimmte Zwecke vollziehende und richterliche Beamte. Deren Überwachung sowie die Gesetzgebung behielt sie sich selbst vor.

Als dann die primitiven Gemeinwesen durch das Aufkommen der Staatsgewalt in größeren Staaten vereinigt wurden, war deren Bevölkerung zu zahlreich und über ein zu großes Gebiet zerstreut, als daß sie in ihrer Gesamtheit in einer einzigen Versammlung hätte zusammentreten und beraten können. Das war einer der Gründe, warum sich die vollziehenden Gewalten seit dem Aufkommen des Staates immer unabhängiger vom Volkswillen zu machen vermochten, immer mehr die gesetzgebende sowie die richterliche Gewalt an sich zogen und die uralte Demokratie durch eine aristokratische Verfassung oder eine absolute Monarchie ersetzten. Die neue Demokratie, die sich mit dem Aufkommen und Erstarken der Städte schließlich wieder durchzuringen begann, konnte nicht mehr zur Volksversammlung als höchster Gewalt im Staate zurückkehren. Sie mußte die Form einer Volksobervertretung wählen, in der soviel wie möglich alle Lokalitäten des Staates und alle Interessen vertreten sind, die Kraft genug haben, sich in ihm Geltung zu verschaffen.

Diese Körperschaft wird daher mit einer möglichst großen Mitgliederzahl ausgestattet. Für eine Körperschaft, die eine beratende, nicht eine bloße Demonstrationsversammlung sein will, sind natürlich gewisse Grenzen gegeben. Die Ausdehnung einer gesetzgebenden Versammlung liegt in der Regel an diese Grenzen heran. Im Durchschnitt dürfte die Mitgliederzahl der Parlamente unserer Zeit 400 bis 500 betragen. Die der französischen Reichsstände von 1789 betrug freilich 1200, doch erwartete man, daß die 600 Mitglieder des dritten Standes, die 300 des ersten und ebenso viele des zweiten gesondert tagen würden. Die späteren Parlamente der Revolution umfaßten 745 Mitglieder, von denen fast nie alle anwesend waren. Immerhin nahmen an der Abstimmung über die Verurteilung Ludwigs XVI. 721 Abgeordnete teil.

Eine Korporation von mehreren hundert Mitgliedern ist von vornherein ein viel zu schwerfälliger Apparat für die Funktionen der vollziehenden Gewalt.

Zu deren raschem und entschiedenem Vorgehen gehört auch Einheitlichkeit und Geschlossenheit. Wir haben oben darauf hingewiesen, daß wir in eine Ära der Koalitionsregierungen eingetreten sind. Diese Tatsache verzeichneten wir nicht mit

Befriedigung, sondern als ein Übel, das nur dadurch erträglich werde, daß seine Alternative ein noch größeres Übel, nämlich eine rein antiproletarische Regierung sei. Aber eine Regierung, die Großes leisten will, muß homogen sein. Wir erwarten denn auch große Fortschritte erst, wenn die Phase der Koalitionsregierungen überwunden ist und die der rein sozialistischen Regierungen beginnt. Die erste Phase nach Möglichkeit abzukürzen, ist unsere dringende Aufgabe. Wie sollten wir aber zu einer rein sozialistischen Exekutive kommen können, wenn die Funktionen der Exekutive mit denen der Gesetzgebung in einer Versammlung vereinigt wären, die eine starke antisozialistische Opposition in sich schließt?

Die Geschichte zeigt uns auch, daß eine Versammlung, die vollziehende ebenso wie gesetzgebende Gewalten besitzt, keine Opposition verträgt. Raum hatte der Konvent die Befugnisse der Exekutive an sich genommen, da ließ er 34 seiner Mitglieder wegen ihrer politischen Anschauungen (Girondisten) austreten und verhaften; kurz darauf wieder 73. Soweit sie nicht fliehen konnten, wurden sie guillotiniert. Später wurden Danton und seine Freunde unter den Konventsmitgliedern aufs Schafott geschickt, denen schließlich Robespierre und seine Anhänger folgten.

Eine Opposition innerhalb einer vollziehenden Körperschaft ist eben ein höchst hinderliches, ja mitunter geradezu verderbliches Ding. Dagegen ist sie unbedingt notwendig für eine Versammlung, die Gesetze schaffen will. Gesetze, die jeder Kritik stichhalten. Eine herrschende Partei wird bei jedem Gesetzesentwurf, der von ihr ausgeht, seine Fehler leicht übersehen und nur für die Rechte ein Interesse haben, die er ihr bringt, nicht für die Pflichten, die er der Bevölkerung auferlegt. Ohne eine Opposition, die an der augenblicklich herrschenden Richtung nicht interessiert, ja ihr feindlich ist, wird eine unbefangene Prüfung aller Konsequenzen eines Gesetzes schwer möglich. Die herrschende Partei bedarf dazu selbst der Opposition, will sie möglichst alle Schwächen von den Gesetzen fernhalten, die aus der Versammlung hervorgehen.

Um die möglichst sorgfältige Prüfung der Gesetze zu erreichen, wird durch die Geschäftsordnung der Parlamente ihr Geschäftsgang sehr verlangsamt. Gesetzentwürfe müssen drei

Lesungen passieren, Kommissionsberatungen durchmachen usw. Eine vollziehende Gewalt dagegen muß stets in der Lage sein, sofort, ohne weiteres ihre Beschlüsse fassen zu können.

Der oftmals schleppende Geschäftsgang und die vielen Reden, die in den Parlamenten gehalten werden, lassen diese mitunter sehr lächerlich als bloße „Schwatzbuden“ erscheinen, die nichts Rechtes vorwärtsbringen. Leider ist dies traurige Los nicht auf Parlamente allein beschränkt. Die Gefahr, durch leeres Geschwätz Zeit zu vertrödeln, teilen sie mit jeder beratenden Körperschaft. Oder will man behaupten, daß in Volksversammlungen, auf Parteitagungen oder bei sonstigen Zusammenkünften nicht auch manche überflüssige Rede gehalten wird? Wie viele von denen, die über die Parlamente als Schwatzbuden die Nase rümpfen, sind selbst hohle Schwäzer.

Im Sommer 1917, als Lenin noch nicht die Sowjets nach seinem Gutdünken zu formen vermochte, schrieb er von diesen: „Solche Helden des versumpften Kleinbürgertums, wie Stobeleff* und Beretelli, Tschernoff und Antsientseff haben es zuwege gebracht, selbst die Sowjets nach dem Vorbild des abjectesten bürgerlichen Parlamentarismus zu verunreinigen und sie in hohle Schwatzbuden zu verwandeln.“ (Staat und Revolution, S. 38.)

Die Parlamente unterscheiden sich von den meisten anderen beratenden Versammlungen allerdings dadurch, daß in ihnen, namentlich wo sie nach allgemeinem Wahlrecht gewählt sind, alle großen Klassen und Parteien der Gesellschaft zum Wort kommen. Das macht gerade ihre Verhandlungen wichtig, aber auch weitgehend und viele unter den Hörern und Lesern der Reden ungeduldig, die für gegnerische Meinungen kein Interesse haben.

Kein Zweifel, Parlamente dreschen oft leeres Stroh und bringen die Gesellschaft dadurch nicht vorwärts, aber man legt mit Unrecht der Einrichtung zur Last, was den Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft zuzuschreiben ist. Der Charakter des Parlaments spiegelt den Charakter der Klassen und Parteien wider, die es beherrschen. Sind diese reaktionär oder feig, ist es das Parlament auch. Diejenigen Revolutionäre, die vom Parlament verlangen, daß es für sie die Revolution macht,

* Jetzt ein hervorragender Vertrauensmann der Sowjetrepublik.

ohne daß das Proletariat außerhalb des Parlaments die nötige Kraft erlangt, sich im Staate durchzusetzen, werden durch den Parlamentarismus stets enttäuscht sein.

Wenn die Parlamente bisher das Proletariat wenig befriedigten, so liegt das nicht an der Institution als solcher, sondern daran, daß das Proletariat in der Gesellschaft selbst schwach war. Die Bourgeoisie ist konservativ geworden. Daher die Unfruchtbarkeit der Parlamente. Daran würde es nicht das mindeste ändern, wenn die Parlamente anders organisiert wären, etwa die gesetzgebende mit der vollziehenden Gewalt vereinigt würde.

Die Form einer Institution ist sicher keine gleichgültige Sache. Sie muß ihrem Inhalt möglichst angepaßt sein. Aber es ist verkehrt, zu glauben, durch Änderung der Form den Inhalt ändern zu können.

Man ändere die Kräfteverhältnisse der Parteien, man schaffe eine entschlossene und geschlossene sozialistische Mehrheit im Volke, und das Parlament wird eine „arbeitende“ Körperschaft werden, die parlamentarische Mühsle wird reiches Mehl liefern, auch wenn sie bloß gesetzgebende Funktionen übt.

Übrigens hat es noch eine andere Funktion. Es hat nicht bloß die Gesetze zu formulieren, sondern auch dafür zu sorgen, daß sie beachtet werden. Es hat dabei die vollziehende Gewalt zu kontrollieren, ebenso bei der Verwendung der Mittel des Staates.

Wo vollziehende und gesetzgebende Gewalt in einer Hand vereinigt sind, da fehlt jene Kontrolle, da besteht die Gefahr, daß die vollziehende Gewalt allmächtig wird gegenüber der Bevölkerung. Wir haben bereits gesehen, daß der Konvent, seitdem er vollziehende und gesetzgebende Gewalt vereinigte, von steter Furcht gepeinigt wurde, es könne sich daraus die Diktatur eines einzelnen entwickeln. Er hat ja auch Napoleon, dem „Kobespierre zu Pferde“, den Weg geebnet.

Das widerspricht durchaus dem Ziel, das Marx selbst in seiner Schrift über den „Bürgerkrieg“ aufgestellt hat, wo er verlangte, die Regierung solle aufhören, „unabhängig und überlegen“ zu sein „gegenüber der Nation“, es sollten „die berechtigten Funktionen der Regierungsmacht einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beansprucht, entrisen und

den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden“.

Für den Gesamtstaat selbst sah Marx „eine Nationaldelegation in Paris“ vor, der „eine Zentralregierung“ mit „wenigen, aber wichtigen Funktionen“ gegenübersteht. Das bedeutet doch dieselbe Trennung der gesetzgebenden und der vollziehenden Gewalt, die Marx für die Kommune abgecraft wissen wollte.

Man darf danach wohl bezweifeln, daß Marx für den Staat die gleiche Einrichtung wollte wie für die Gemeinde. Aber selbst wenn Marx auch für den Staat alle Gewalt in einer einzigen Körperschaft vereinigt sehen wollte, könnten wir darin nichts anderes sehen als ein Nachwirken der Eindrücke der großen bürgerlichen Revolution, deren Formen als die der Revolution überhaupt zu betrachten so lange nahe lag, als sich die eigenartigen Bedingungen der proletarischen Revolution noch nicht deutlich entwickelt hatten, was erst im letzten Menschenalter eintrat.

Wenn der Bolschewismus trotzdem heute noch an den Formen der bürgerlichen Revolution festhält, so kennzeichnet das die Rückständigkeit der russischen Verhältnisse. Eine besondere Fronte der Geschichte liegt aber darin, wenn Lenin die Eigenart der proletarischen Demokratie in Einrichtungen sucht, die entweder die bürgerliche Revolution kennzeichnen oder einem Zustand unentwickelter bürgerlicher Demokratie entspringen.

f) Die Diktatur.

Von allen Einrichtungen der Pariser Kommune, die Marx hervorhob, ist es nur eine einzige, an der die Bolschewiki heute noch festhalten: der Vereinigung gesetzgebender und vollziehender Gewalt in einer Hand — allerdings nicht in der einer Volksvertretung, die durch das allgemeine Stimmrecht gewählt wurde wie die Pariser Kommune.

Sie halten an dieser Vereinigung der Gewalten deshalb fest, weil sie am ehesten zur Diktatur führt. Und die Diktatur nicht nur als Zustand oder, wie Lenin-Lewy sagen, Staatsform, sondern auch als „Regierungsform“ ist für den Bolschewismus jene Staatsverfassung, die das Proletariat

nach der Eroberung der politischen Macht für die Zeit des Übergangs zum Sozialismus einrichten muß.

Worin besteht das Wesen einer Diktatur, nicht in dem übertragenen Sinn, in dem Marx und Engels das Wort gebrauchten, die in der Demokratie der Pariser Kommune die Diktatur des Proletariats fanden, sondern in dem engeren Sinne des Volkshewismus?

Die Diktatur ist eine Staatseinrichtung, die verfassungsmäßig jede Opposition gegen die Staatsgewalt ausschließt und die den Besitzer der Staatsgewalt, sei es eine Person, eine Korporation oder eine Klasse, über die Gesetze des Staates erhebt, die wohl für die übrige Bevölkerung gelten, den Diktator aber in keiner Weise in seinen Bewegungen hindern. Er darf mit der Bevölkerung umspringen, wie es ihm gutdünkt.

Diese Einrichtung ist im Grunde nichts anderes als der Belagerungszustand für alle, die an der Diktatur nicht teilhaben. Eine bequemere Regierungsform ist sicher kaum möglich. Das hat nicht erst Lenin entdeckt, sondern gar mancher andere vor ihm. Und doch muß sie ihren oder ihre Haken haben. Denn obwohl sie höchst bequem ist und durchaus nicht spezifisch proletarisch, sondern bisher am meisten gegen das Proletariat benutzt wurde, bedient sich ihrer selbst das horniertere Gewaltregiment der Bourgeoisie und sogar des Feudaladels nur äußerst ungern und nur in Zeiten großer Verlegenheiten.

Die Gründe dafür haben wir hier nicht zu entwickeln. Wir wollen nur die Wirkungen untersuchen, die der Diktatur für das proletarische Regime entspringen.

Vor allem: Wer soll der Diktator sein? Wer soll es sein, dem diese ungeheure Machtfülle in die Hand gegeben wird? Natürlich niemand anderer als das Proletariat, das imstande sein soll, jeden Widerstand gegen die Umwandlung der Gesellschaft in seinem Sinne zu brechen.

Jedoch beim ersten Wort stocke ich schon. Selbst in Rußland, wo der Bauer eben erst der zaristischen Knete entronnen war, zeigte sich es unmöglich, einer Minderheit des Proletariats gegen die Bauern die Allein Herrschaft zu geben. Die Sowjets, die Räte, denen die Diktatur zufallen sollte, mußten nicht bloß als Räte von Lohnarbeitern, sondern auch von Bauern eingerichtet werden.

Das mochte in Rußland leidlich scheinen, weil dort die Bauern noch revolutionär waren — abermals ein Zeichen des bürgerlichen Charakters seiner Revolution. Es wird simullos in Westeuropa, wo der Bauer die stärkste konservative Macht bildet. Den Intellektuellen der Städte jede politische Freiheit zu nehmen und den Bauern die politische Unmacht zu geben, wird da der Gipfel des Widersinns.

Die Diktatur des Proletariats als Mittel der Herbeiführung des Sozialismus müßte damit eigentlich schon erledigt sein.

Doch gehen wir weiter. Das Proletariat hat die Diktatur. Was heißt das? Daß jeder Proletarier den besitzenden und gebildeten Klassen der Städte gegenüber allmächtig wird, sie nach Belieben plündern und mißhandeln darf. Kurz, die Diktatur einer Klasse, als Staatseinrichtung aufgefacht, bedeutet die Verleihung anarchoischer Willkür an diese Klasse.

Und das war auch in Rußland der Fall nach dem Staatsstreich des Volkshewismus (November 1917), den er als Revolution verherrlicht. Innerhalb der beiden Klassen, deren Diktatur damals proklamiert wurde, herrschte bald völlige Anarchie.

Dieses bakunistische Ideal mochte einigermaßen erträglich sein in einem primitiven Bauerndorf mit allgemeinem kleinem Familienbetrieb. Der Großbetrieb geht dabei zugrunde.

Die Zerschlagung der Großbetriebe in der Landwirtschaft, das Chaos in der Industrie, das war die erste schwere Wunde, die das Wirtschaftsleben Rußlands in der Revolution erhielt, nachdem der Krieg es bereits fürchtbar geschwächt hatte.

Natürlich mußten schließlich die Volkshewiki erkennen, daß es so nicht weitergehe. Eine unorganisierte Klasse kann eben keine Diktatur üben. Soll dieses Amt von einer Masse gehandhabt werden, dann muß sie organisiert sein.

Die Diktatur des Proletariats wurde bald unhaltbar. Sie hatte zum rapidesten ökonomischen Untergang Rußlands geführt. Aber die Anarchie dieser Art Diktatur bildete den Boden, aus dem eine Diktatur anderer Art erwuchs, die der kommunistischen Partei, die in Wirklichkeit nichts anderes ist als die Diktatur ihrer Führer. Diese setzte sich als einzige feste Organisation in dem allgemeinen Chaos durch, aber nur dank ihrem beispiellosen Opportunismus, der ihr

erlaubte, zur Behauptung ihrer Macht die wichtigsten Grundfälle über den Souverän zu werfen, zu deren Durchsetzung sie die Macht erobert hatte.

Von der Entfesselung der Anarchie in Stadt und Land ging Rußland unvermittelt über zur stärksten Fesselung des ganzen Landes durch eine mit schrankenloser Macht nach unten beleidete privilegierte Bürokratie, Polizei und stehende Armee, deren Wirken in blutigstem Terrorismus gipfelte.

Nach der Auffassung von Marx, die wir vollständig akzeptieren und die auch Lenin noch 1917 verfocht, kann sich das Proletariat nicht befreien ohne Aufhebung des Herrschaftsapparats der Bürokratie, politischen Polizei, des stehenden Heeres. Wenn sich die Diktatur ohne diesen Apparat nicht behaupten kann, dann bezeugt sie schon dadurch, welch untaugliches Werkzeug für die politische Herrschaft und die ökonomische Befreiung des Proletariats sie ist.

Das wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß die Diktatur ihrer Verfassung nach nicht die mindeste Opposition duldet. Jeder Versuch von Opposition muß daher unter ihr von vornherein den Umsturz der Verfassung anstreben und die Form des Bürgerkriegs annehmen.

Der Glaube des Bolschewismus hat sich aber als Köhlerglaube erwiesen, als sei es möglich, eine sozialistische Gesellschaftsordnung im Bürgerkrieg aufzubauen. Heute wird diesem Krieg von den Kommunisten selbst die Schuld daran zugeschrieben, daß Rußland nicht zum Sozialismus, sondern zum Ruin gelangte. Aber sie vergessen, daß der Bürgerkrieg der Ausfluß ihrer Diktatur war.

Siegt die Diktatur im Bürgerkrieg, dann ist die naturnotwendige Folge die Erstarrung des politischen, ja des intellektuellen Lebens überhaupt. Hoffnungsloser Stumpfsein bemächtigt sich der Massen, aus deren energischer und verständnisvoller Selbstbetätigung allein der Sozialismus, die Demokratisierung des autokratischen Kapitalismus, entspringen kann. Auch dadurch wird die Diktatur ein Hemmnis des sozialistischen Aufstiegs — ganz abgesehen davon, daß eine Arbeiterklasse, die nicht instande ist, eine auf Militär und Bürokratie aufgebaute Diktatur abzuschütteln, schon damit bezeugt, daß sie noch nicht reif ist zum Sozialismus.

Alles das ist schon früher der bolschewistischen Methode, durch die Parteidiktatur zum Sozialismus zu kommen, entgegengehalten worden. Zu diesen Faktoren, die aus der Diktatur ein Hindernis des sozialistischen Aufstiegs machen, gesellt sich noch ein wichtiger, bisher meines Wissens nicht genügend beachteter.

Der Produktionsprozeß bedarf der Sicherheit, soll er sich regelmäßig erneuern und so das gesellschaftliche Gedeihen ermöglichen. Er bedarf der Sicherung gegen unerwartete gewaltsame Eingriffe von außen, seien es solche von Privaten oder von Behörden. Niemand wird sich die Mühe nehmen, zu produzieren, wenn er befürchten muß, das Produkt seiner Arbeit werde ihm weggenommen werden.

Wohl erhält in keiner auf Ausbeutung beruhenden Produktionsweise der Arbeiter das ganze Produkt seiner Arbeit. Er muß es mit anderen teilen. Aber diese Teilung geht nach bestimmten Regeln vor sich, die dem Arbeiter bekannt sind, ehe er die Arbeit beginnt. Sie ist unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen eine der Bedingungen des Produktionsprozesses, ohne deren Erfüllung der Arbeiter überhaupt nicht produzieren und daher auch nicht leben könnte. Die Produktion wird daher durch diese Art der Teilung nicht gehemmt, wenn dem Arbeiter genug verbleibt, um die Erhaltung seiner Arbeitskraft und die seines Nachwuchses zu sichern.

Anders dagegen wirkt es, wenn dem Bauern, dem Handwerker oder sonstigen Arbeiter das, was ihm vom Produkt seiner Arbeit nach vollendetem Produktionsprozeß bleibt, in ganz regelloser, unerwarteter Weise von einer Macht geraubt wird, die an dem Fortgang seiner Arbeit nicht direkt interessiert ist. Das wirkt als eine starke Entmutigung, weiterhin zu produzieren. Das Produzieren wird dann oft sogar ganz unmöglich, wenn dem Arbeiter keine Produktionsmittel bleiben und keine Lebensmittel, um seine Arbeitskraft zu erhalten, so daß er zugrunde geht.

Trotz alledem wird freilich der Arbeiter versuchen, weiterzuarbeiten, wenn es nur irgend geht, denn eine andere Möglichkeit der Existenz als durch Arbeit hat er nicht. Und bei primitiven Verhältnissen sind auch die Produktionsmittel einfach und zur Not immer wieder zu beschaffen. Aber dies ist da

auch das Einkommen des einzelnen Arbeiters oder Bauern zu ärmlich, um stark zur Minderung zu zeigen.

Weit ernsthafter wirkt der Produktion die Unsicherheit im Staate dort entgegen, wo sie kapitalistisch betrieben wird oder doch betrieben werden könnte. Hier hängt die Produktion nicht bloß vom Arbeiter, sondern auch und in erster Linie vom Kapitalisten ab. Wenn aber der Arbeiter gezwungen ist, zu produzieren, um zu leben, ist der Kapitalist in keiner Weise dazu gezwungen. Er steckt sein Geld nur dann in den Produktionsprozeß zum Bau von Fabrikgebäuden, Ankauf von Maschinen und Rohmaterialien, zur Bezahlung von Löhnen, wenn er davon einen erheblichen Profit erwartet, und zwar nicht nur in nächster Zukunft, sondern mindestens für so lange, als die Produktionsmittel währen, in denen sein Kapital angelegt ist. Hat er diese Sicherheit nicht, dann verzichtet er lieber darauf, sein Vermögen aufs Spiel zu setzen. Dann legt er es in Gold, Edelsteinen oder anderen hochwertigen Gegenständen an, die unverwundlich sind, wenig Raum einnehmen und leicht verborgen werden können, oder er wendet es in Geschäften an, bei denen das Kapital rasch umschlägt, in Wucher und Handel, wo ihm rascher und hoher Profit winkt, der sein Risiko belohnt.

Die allgemeine Unsicherheit der Verhältnisse war einer der Gründe, warum sich bisher im Orient und in Europa bis über die Reformationszeit hinaus kein industrieller Kapitalismus entwickeln konnte. Diese Unsicherheit ist einer der Gründe, warum in den Staaten der Besiegten nach dem Weltkrieg die Industrie so langsam wieder in Gang kommt, indes das Schicksal blüht.

Diese Unsicherheit wird auf den Gipfel getrieben und dauernd gemacht durch die Diktatur. Diese vermag wohl den Straßenraub einzudämmen, auch Pogrome zu verhindern, aber die stärkste Unsicherheit geht von ihr selbst aus, von der völligen Willkür und Gesetzlosigkeit der Staatsgewalt, deren Rannnen ganz unberechenbar sind und die ebenso nach Belieben heute den Arbeitern zursprechen kann: Raubt den Räubern (das heißt den Kapitalisten) das Geraubte; wie morgen den Kapitalisten: Bereichert euch auf Kosten der arbeitenden Klassen, um übermorgen wieder das Kriegsgeschrei von heute anzustimmen, wenn es ihr paßt.

Die Diktatur des Sultans und seiner Paschas hat bisher allem Aufkommen einer Großindustrie in der Türkei eine unübersteigliche Schranke entgegen gesetzt, und sie hat sogar die primitive Wirtschaft des türkischen Bauern ruiniert. Das wird ökonomisch für Rußland nicht geändert dadurch, daß der russische Sultan nicht Mohammed, sondern Marx als den erlösenden Propheten anruft. Die russischen Paschas haben es übrigens in ihrer asiatischen Propaganda fertiggebracht, Mohammed und Marx gleichzeitig zu ihren Leitsternen zu machen.

Schon der Absolutismus der Zaren hat den industriellen Aufschwung Rußlands sehr gehemmt, obwohl er in der letzten Zeit kein reines Willkürregiment mehr darstellte, die Bürokratie an bestimmte Gesetze gebunden war und ein geordnetes Gerichtsverfahren (abgesehen von manchen politischen Verbrechen) bestand, in letzter Zeit sogar eine gesetzgebende Versammlung und ein von dieser kontrolliertes Staatsbudget.

Die bolschewistische Diktatur geht an Willkürlichkeit, an Kraft wie an Ungebundenheit der Staatsgewalt weit über den Zarismus hinaus, wirkt daher auch weit lähmender auf die Industrie als dieser.

Wie so vieles andere wissen die Bolschewiki auch das nicht mehr, obwohl ihnen die industriellähmende Wirkung der Autokratie vor der Revolution wohl bekannt war.

Es gibt Regierungsformen, die mit einem kapitalistischen Aufschwung unvereinbar sind. Dazu gehört der orientalische Despotismus, dazu gehört seine modernste Art, die sich hinter dem Deckmantel der Diktatur des Proletariats verbirgt.

Solange die Diktatur nicht gefallen ist, wird Rußland fortfahren, zu verkommen, trotz aller Konzessionen an die Kapitalisten. Aber nicht nur mit dem industriellen Kapitalismus ist die Regierungsform der Diktatur unvereinbar, sondern auch mit dem demokratischen Sozialismus. Und ebenso mit dem Stadium des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Denn dieser kann nur entstehen aus einem voll entfalteten, einem blühenden, nicht einem verkümmerten Kapitalismus, und in der Zeit des Übergangs wird der Kapitalismus auf einer Reihe von Gebieten noch längere Zeit weiterbestehen müssen, wie wir noch sehen werden.

Von welcher Seite wir also die Diktatur anpacken mögen, sie erweist sich als ein untaugliches Mittel, den Kapitalismus zum Sozialismus zu entwickeln.

Nach alledem können wir unsere Untersuchung über die politische Revolution des Proletariats kurz in die Sätze zusammenfassen:

Gleichzeitig mit dem Proletariat erstarkt die Demokratie. So wird auch der normale Weg zur Eroberung der politischen Macht für das Proletariat der der Demokratie sein.

Die demokratische Republik ist die Staatsform für die Herrschaft des Proletariats.

Die demokratische Republik ist die Staatsform für die Verwirklichung des Sozialismus.

III. Die ökonomische Revolution.

1. Konsumenten und Produzenten.

a) Unter dem Kapitalismus.

Bei der Untersuchung der Regierungsform, die der Herrschaft des Proletariats und dem Sozialismus am besten entspricht, haben wir noch eine Frage zu erörtern. Aber diese führt uns bereits zu den ökonomischen Aufgaben der proletarischen Revolution, das heißt der Epoche der politischen Macht des Proletariats hin.

Es ist die Frage, ob die proletarische Staatsmacht als Macht der **Konsumenten** oder der **Produzenten** zu organisieren sei. Ob diejenige Körperschaft, die als Vertreterin des Volkes die höchste Macht im Staate darstellt, eine Vertretung der Konsumenten oder eine der Produzenten darstellen solle.

Erstere, sagt man, seien die Vertretungen von Bezirken, in denen die Wahl auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts vor sich gehe, das keine beruflichen Unterschiede kenne. Diesem System stellen neuere Tendenzen entweder eine **Klassenvertretung** entgegen wie der Volkswahlismus, der den Lohnarbeitern wie den Bauern ein besonderes Wahlrecht zuerkennt und als Vertretungskörper besondere Bauern- und Arbeiterräte schafft, wobei den anderen Klassen jede Vertretung genommen wird. Daneben haben wir den demokratischen Vorschlag des **Gildensozialismus**, der nicht eine **Klasse**, - jon-

dern eine **Berufsvertretung** wünscht. Die Staatsbürger im Lande sollen nach Betrieben oder Berufen ihre Abgeordneten zu seiner obersten Volksvertretung wählen. Diese soll gewissermaßen ein permanenter Gewerkschaftskongress sein. Strittig bleibt es noch, ob diese Art Reichswirtschaftsrat die einzige parlamentarische Kammer im Staate bilden oder ob es deren zwei geben soll, eine wie bisher nach allgemeinem Wahlrecht gewählte und eine Berufsvertretung, und welches das Verhältnis der beiden zueinander sein soll. Der bedeutendste Vertreter des Gildensozialismus, Cole, erklärt:

„Die höchste Souveränität auf industriellem Gebiet müßte einer aus Parlament und Gildenverband gemeinschaftlich zusammengesetzten Körperschaft verbleiben.“ („Selbstverwaltung in der Industrie“, nach der 5. Auflage aus dem Englischen überetzt von R. Thesing, Berlin 1921. S. 130.)

Leider sieht sich Cole genötigt, hinzuzufügen:

„Die neue soziale Philosophie für diese veränderte Auffassung der Souveränität ist noch nicht ausgearbeitet, deshalb täten die Gildensozialisten besser, statt andauernd über ihre eigenen und anderer Leute Terminologie zu stolpern, unverzüglich eine neue Theorie zu erfinden und auszuarbeiten, die mit der Gildenidee und der von ihr angestrebten sozialen Struktur in Einklang steht.“

Dieser Auftrag, sofort eine neue Theorie zu erfinden, der ihre Marschroute vorgeschrieben wird, ist bezeichnend für die Cole'sche Auffassung der Wissenschaft. Vielleicht können wir den Gildensozialisten dabei etwas helfen, obwohl wir kaum ihren Beifall dadurch erwerben dürften.

Die Hauptfrage ist die: Sollen die höchste Macht im Staate die Konsumenten haben oder die Produzenten?

Die Gildensozialisten behandeln die Begriffe der Konsumenten und Produzenten als solche, die sich von selbst verstehen, ebenso wie die Volkswahl den Begriff des Arbeiters. Weder die einen noch die anderen halten es für notwendig, diese Begriffe besonders zu definieren. Und doch sind sie nicht so einfacher Natur, wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Das habe ich für den Begriff des Arbeiters in einem Artikel des Wiener „Kampf“ gezeigt („Was ist ein Arbeiter?“ Dezember 1920). Über „Konsumenten und Produzenten“ handelte ich in

einem gleichnamigen Artikel der „Neuen Zeit“ (30. Jahrgang, 1. Band, S. 452 ff.). Doch erörterte ich dort die Frage nur vom Standpunkt der Agitation für den Schutzoll, die von Schippel vor Jahren unter Verfestung des „Produzenteninteresses“ in der deutschen Sozialdemokratie betrieben wurde. Hier müssen wir die Untersuchung etwas anders fassen. Um sie nicht zu sehr zu komplizieren, sehe ich dabei ab von dem wichtigen Unterschied zwischen persönlichem Konsum, der gewöhnlich als Konsum schlechtweg verstanden wird, und dem produktiven Konsum, dem Konsum von Produktionsmitteln, der nur ein anderer Name ist für Produktion.

Ich beginne meinen Artikel der „Neuen Zeit“ mit den Worten:

„In der modernen handelspolitischen Literatur kehrt immer wieder die Scheidung der Gesellschaft in Konsumenten und Produzenten wieder, als wären das zwei Klassen, in die die Gesellschaft zerfällt. Der Freihandel wird gefordert im Interesse der Konsumenten. Der Schutzoll in dem der Produzenten. Unwillkürlich liegt der Gedanke nahe, daß das Produzenteninteresse das höhere ist. Die Konsumenten, das sind die Leute, die essen und trinken, die Produzenten sind jene, die im Schwelge ihres Angehts sich abmühen.

Verschleimen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.

Man mag die Überlegenheit des Produzenteninteresses auch wissenschaftlicher fassen und sagen: Wir können nur konsumieren, was produziert worden ist. Das Gedeihen der Gesellschaft hängt vom Gedeihen der Produktion ab. Das Interesse der Produzenten ist also das Interesse der Gesellschaft.“

Von einem anderen Standpunkt aus möchte es wieder scheinen, als könne es gar keinen Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten geben. Denn wenn auch nicht jeder Konsument produziert, so konsumiert doch jeder Produzent. Für den arbeitenden Teil der Menschheit sind konsumieren und produzieren nur verschiedene Funktionen des gleichen Individuums. Wie kann man da von einem Gegensatz zwischen Konsumenten und Produzenten sprechen?

Und doch besteht ein solcher Gegensatz, wenn auch nicht für jede Produktionsweise und nicht innerhalb jeder Produktionsweise in gleicher Art. In dem obenerwähnten Artikel der

„Neuen Zeit“ habe ich nur den Gegensatz innerhalb der kapitalistischen Produktion untersucht.

Dieser Gegensatz besteht allerdings nicht in den primitivsten Produktionsverhältnissen, wo jeder Betrieb für sich selbst produziert und alles erzeugt, was seine Mitglieder brauchen. Wie überall ist auch hier der Kreis der Konsumenten weiter als der der Produzenten. Denn wenn auch jeder Produzent notwendigerweise Konsument ist, so sind doch nicht alle, die konsumieren, am Produktionsprozeß beteiligt. Die Arbeitsunfähigen, Kinder, Kranke, Greise nehmen an ihm nicht teil. Aber sie alle sind Familienmitglieder der Produzenten, diese haben an ihnen dasselbe Interesse wie an sich selbst. Es gibt in diesen Verhältnissen also kein vom Interesse der Produzenten geschiedenes Konsumenteninteresse in der Gesellschaft.

Das ändert sich bereits bei einfacher Warenproduktion, wo jeder Arbeiter im Besitz seiner Produktionsmittel ist, als Bauer oder Handwerker, und über sein Produkt verfügt. Von komplizierender Ausbeutungsverhältnissen sehen wir hier ab.

Der Unterschied gegenüber der primitiven Produktion für den Selbstgebrauch besteht hier in der Arbeitsteilung der Betriebe untereinander. Der Produzent erzeugt in der Warenproduktion Produkte, die er nicht braucht, um gegen sie Produkte anderer Betriebe einzutauschen, die er braucht. Die Produkte tauschen sich nach ihrem Wert. Je größer der Wert oder, in Geld ausgedrückt, der Preis des eigenen Produkts, desto mehr andere Produkte kann er dafür eintauschen. Der Produzent hat daher ein Interesse an hohen Preisen seiner Produkte. Kann er durch knappe Versorgung des Marktes mit seinen Produkten deren Preise in die Höhe treiben, wird er es tun.

Hat er seine Waren aber einmal verkauft, dann erscheint er auf dem Markt nicht mehr als Warenbesitzer, sondern als Gelbbesitzer; nicht mehr als Verkäufer, sondern als Käufer; nicht mehr als Produzent, sondern als Konsument. Und als solcher hat er ein Interesse an niedrigen Warenpreisen. So tut sich hier der Gegensatz zwischen Konsumenten und Produzenten auf. Aber wenn wir, wie gesagt, von komplizierenden Ausbeutungs- und anderen Verhältnissen absehen, die nicht notwendig in diesem Stadium auftreten müssen, besteht die ganze Gesellschaft ebenso wie in primitiven Zeiten nur aus

Produzenten und ihren Familienangehörigen. Der Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten ist da also einer innerhalb der Produzentenwelt, es ist in jedem gegebenen Falle ein Gegensatz der Produzenten eines Berufs zu den Produzenten der übrigen Berufe. Es ist kein dauernder Gegensatz von Klassen, sondern ein Gegensatz, dessen Faktoren ununterbrochen wechseln.

Noch kommt es unter Umständen bereits bei einfacher Warenproduktion dahin, daß verwandte Produktionszweige sich zusammen tun zu gemeinsamem dauerndem Kampfe gegen einen anderen. So kann der Interessengegensatz zwischen Konsumenten und Produzenten zu einem großen sozialen Gegensatz werden, der historisch die tiefsten Wirkungen geübt hat.

Auf der einen Seite finden wir die städtische Industrie, deren Produzenten denen der Landwirtschaft als Konsumenten entgegentreten — als Konsumenten von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die sie so billig als möglich beziehen wollen. Auf der anderen Seite die Landwirte als Konsumenten von Industrieerzeugnissen, die ihnen die Industrien möglichst teuer abgeben wollen.

Der alte Gegensatz zwischen Stadt und Land, der sich immer wieder erneuert, erscheint als einer zwischen Konsumenten und Produzenten, obwohl wir hüben wie drüben Produzenten und Konsumenten finden.

Einen neuen Charakter bekommt die Produktion durch das Aufkommen der Lohnarbeit im Dienste industrieller Kapitalisten. Bis dahin waren Arbeiter und Produzent eine Person. Das Produzenteninteresse war das Arbeiterinteresse. Unter der Herrschaft des Kapitalismus bleibt der Arbeiter wohl technisch der Produzent der Produkte. Aber er hört auf, es ökonomisch zu sein. Nicht er ist mehr der Besitzer des Betriebs und seiner Produktionsmittel. Nicht er leitet die Produktion, nicht er bestimmt die Zahl und Art der Produkte, nicht ihm gehören sie, nicht er bringt sie auf den Markt, nicht er hat ein Interesse an ihrem Preis, sondern der kapitalistische Unternehmer. Dieser ist jetzt ökonomisch der Produzent. Das Produzenteninteresse ist nun das Interesse des die Produktionsmittel und Produkte besitzenden Kapitalisten.

Verschieden von diesem Interesse ist das des Lohnarbeiters. Auch er zieht sein Einkommen aus dem Verkauf einer Ware auf dem Markt, aber diese besteht in seiner eigenen Arbeitskraft. Sie ist nicht wie die anderen Waren verschieden von der menschlichen Persönlichkeit, sondern gleichbedeutend mit dieser selbst. Sie wird auch nicht für den Markt produziert, sondern erwächst aus dem Lebensprozeß des Arbeiters selbst. Sie wird höchstens durch Erwerb von besonderer Geschäftlichkeit den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes etwas angepaßt. Aber die Produzierung der Menge der vorhandenen Arbeitskräfte wird nicht wie die der eigentlichen Waren durch die Nachfrage nach ihnen bestimmt. Sie wird nicht um des Profits willen produziert.

Die Produktion einer Ware kann man ganz einstellen, wenn keine Nachfrage nach ihr vorhanden ist. Man kann deren Produktion bei der heutigen Technik auch sprunghaft steigern, wenn die Nachfrage rasch wächst. Die Produktion unprofitabler Waren hört auf, die profitabler wird ausgedehnt. Ich sagte darüber in dem zitierten Artikel:

„Von alledem ist bei der Produktion der Ware Arbeitskraft nichts zu merken. Man kann diese Produktion in doppeltem Sinne fassen: einmal als tägliche Reproduktion des Individuums, als Wiederherstellung seiner im Laufe des Tages verbrauchten Arbeitskraft. Dann als Reproduktion der Generation, als Ersatz des absterbenden Individuums durch neue.

Weber die eine noch die andere Art der Reproduktion wird zu Zwecken des Profits betrieben; weder das Essen und Schlafen noch die Erzeugung und Aufzucht von Kindern gehören zu den profitablen Geschäften. Sie gehören zum Lebensprozeß des Arbeiters, werden unter allen Umständen vollzogen, ohne jede Rücksicht auf die Nachfrage. Das Angebot von Arbeitskraft läßt sich weder nach Belieben steigern noch senken.“

Noch in anderer Beziehung unterscheidet sich die Ware Arbeitskraft von den übrigen Waren. Deren Produktionskosten sind stets technisch genau gegeben. Nicht dagegen die der Arbeitskraft. Die Erhaltungskosten der Arbeitskraft sind nicht bloß physiologisch bestimmt, sondern umfassen auch Momente, Ansprüche aus Leben, die rein gesellschaftlicher Natur sind. So sagt denn auch Marx:

„Der Umfang sogenannter notwendiger Bedürfnisse wie die Art ihrer Befriedigung ist selbst ein historisches Produkt und hängt daher größtenteils von der Kulturstufe des Landes und auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat. Im Gegensatz zu den anderen Waren enthält die Wertbestimmung der Arbeitskraft also ein historisches und moralisches Element.“ (Kapital, I, Volksausgabe, S. 127.)

Alle diese Umstände bewirken, daß der Wert und der Preis der Arbeitskraft konservativer sind als die der anderen Waren. Sie ändern sich nicht so leicht und so sprunghaft wie diese. Der Arbeitslohn sinkt in der Regel nicht so rasch und so tief wie der Preis der anderen Waren, er steigt aber auch nicht so rasch und so hoch. Der Arbeiter hat also ein Interesse am Sinken der Warenpreise, wenn sich dies nicht unter schädigenden Begleiterscheinungen wie etwa weitverbreiteter Arbeitslosigkeit vollzieht. Er hat kein Interesse an steigenden Warenpreisen — auch hier abgesehen von etwaigen kompensierenden Begleiterscheinungen.

Der Lohnarbeiter ist also der eigentliche Leidtragende bei einer künstlichen Verteuerung der Waren durch Schutzzölle oder, wie in unseren Tagen, durch die Geldinflation. Sein Interesse ist hier, so sonderbar es klingen mag, nicht das Produzenten-, sondern das Konsumenteninteresse. Er hat das größte Interesse am Freihandel sowie an der Stabilisierung der Währung.

Nun hat der einzelne industrielle Kapitalist im Grunde bloß für seinen eigenen Produktionszweig ein Produzenteninteresse. Er wünscht nur, daß seine eigenen Produkte hoch im Preise stehen, nicht die der anderen Produktionszweige. Diesen gegenüber empfindet er Konsumenten- nicht Produzenteninteresse. Aber in der Politik des Staates hat er keine Aussicht, für seinen Produktionszweig allein Maßregeln durchzusetzen, die dessen Warenpreise künstlich erhöhen, die der anderen nicht. Er muß sich zu diesem Zwecke mit den Kapitalisten anderer Produktionszweige verbinden. Er unterscheidet sich darin als Produzent nicht von denen der einfachen Warenproduktion. Und dementsprechend finden wir bei kapitalistischer Wirtschaft denselben Gegensatz zwischen Stadt und Land, Industrie und

Landwirtschaft wie in früheren Zeiten. Er äußert sich namentlich lebhaft in den Fragen der Zollpolitik. Wo die Industriellen Freihändler werden, sind die Agrarier Schutzzöllner und umgekehrt.

Aber dennoch zeigt sich dabei ein wesentlicher Unterschied der kapitalistischen von der einfachen Warenproduktion. Bei dieser ist es ganz zwecklos, daß alle Produktionszweige ohne Unterschied sich zu einer gemeinsamen Politik allgemeiner Preiserhöhungen vereinigen. Denn dabei gewinnt jeder als Verkäufer so viel, wie er als Käufer verliert.

Anderes steht es in der kapitalistischen Produktionsweise, wo Arbeiter und Produzenten zwei verschiedene Personen sind. Heute können alle Unternehmer gewinnen, auch wenn sämtliche Produktionszweige ohne Unterschied in Stadt und Land die Preise erhöhen, sei es durch Schutzzölle oder durch Subsidate oder wie immer. Denn nun ist ein Faktor da, auf den die Last, deren sich jeder Produzent entledigt, abgeladen werden kann: der Lohnarbeiter.

So wird dieser jetzt zum ausgesprochenen Vertreter des Konsumenteninteresses im Gegensatz zu den vereinigten Ausbeutern als ausschließlichen Vertretern des Produzenteninteresses. In diese Verhältnisse denken natürlich nicht die Verfechter des Gilden- oder des Räte-systems. Für sie ist der Arbeiter unter allen Umständen gleichbedeutend mit dem Produzenten.

b) Unter dem Sozialismus.

Richtig ist diese Gleichstellung nur unter bestimmten ökonomischen Verhältnissen, wie wir gesehen haben. So in der ursprünglichen Produktion für den Selbstgebrauch sowie in der einfachen Warenproduktion. Auch bei durchgeführtem Sozialismus kann der Begriff des Produzenten niemand anderen mehr bedeuten als den Arbeiter. Indes gilt das noch keineswegs für die Zeit des Übergangs.

Ist aber der Sozialismus allgemein durchgeführt, dann wird der Arbeiter nicht nur identisch mit dem Produzenten, dann gibt es auch in der Gesellschaft keine andere Einkommensquelle als die Arbeit, dann finden wir in ihr nur Arbeiter mit ihren Familien, ganz so wie in der primitiven Wirtschaft, von der wir ausgingen.

Man müßte demnach annehmen, es gäbe da kein vom Konsumenteninteresse geschiedenes Produzenteninteresse mehr.

Aber vom primitiven Kommunismus unterscheidet sich der moderne Sozialismus vor allem durch die Arbeitsteilung. In der primitiven Wirtschaft finden wir zunächst nur die Arbeitsteilung zwischen Mann und Weib in der Familie. Heute dagegen haben wir bereits eine unendlich weit getriebene Arbeitsteilung innerhalb der einzelnen Betriebe sowie in der Gesellschaft nach zahllosen Produktionszweigen, auf der die Produktivität der Arbeit und die Möglichkeit des Sozialismus auf moderner Grundlage unter der Teilnahme aller an den Schätzen unserer Kultur beruht.

Während sich, wie wir noch sehen werden, der Sozialismus immer mehr der Gleichheit aller als Konsumenten nähert, das heißt wohl mit individuellen, nicht aber mit Klassenunterschieden, spaltet er ebenso wie der ihm vorhergehende Kapitalismus die Arbeiter beim Produktionsprozeß in die verschiedensten Schichten, von denen jede andere Bedingungen der Arbeit vorfindet, so daß in jeder Arbeiterschicht besondere Interessen im Produktionsprozeß an der möglichst günstigen Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen ersehen. Aber auch die Machtverhältnisse jeder einzelnen Schicht innerhalb der Gesamtheit der Arbeitenden werden verschiedene sein. Die einen sind lebensnotwendig, die anderen nicht. Die einen gefährden den ganzen Lebensprozeß der Gesellschaft, wenn sie nur kurze Zeit die Arbeit aussetzen. Bei anderen kann das die Gesellschaft ohne Gefahr längere Zeit hindurch aushalten. Und die einen Arbeiter bedürfen keiner besonderen Vorbildung und Schulung, sind jederzeit leicht durch andere ersetzbar. Andere Arten von Arbeitern dagegen können unmöglich rasch durch andere ersetzt werden.

Unter diesen Umständen wird das Produzenteninteresse in einer sozialistischen Gesellschaft nichts anderes als das *Sonderinteresse der einzelnen Berufe*. Ähnlich war es schon in der Zeit der einfachen Warenproduktion. Da finden wir bereits die Zünfterpolitik, die Sonderpolitik der einzelnen Zünfte, ihre Eifersüchteleien untereinander, das Streben einzelner unter ihnen nach Sondervorteilen und einer über die anderen erhöhten Position.

Doch wurden die Zünfte immer noch zusammengehalten durch gemeinsame Kämpfe gegen gemeinsame Gegner, gegen das städtische Patriziat, gegen den Landadel oder gegen fürstliche Eingriffe in die städtischen Freiheiten.

Wie der Zunft moht auch der Berufsorganisation der Lohnarbeiter, der Gewerkschaft die Tendenz nach einer Sonderpolitik inne. Ga: manche Gewerkschaft hat es geliebt, ihre eigenen Wege zu gehen, ohne sich um die Gesamtheit der Arbeitererschaft zu kümmern. Oder die begünstigten Schichten unter den Arbeitern wurden durch die gewerkschaftliche Organisation zu einer Arbeiteraristokratie, die sich über den Pöbel der übrigen Arbeiterschaft erhob.

Diese Tendenzen haben die Arbeiterschaft Englands zum Beispiel lange Zeit sehr geschädigt. Auf die Dauer freilich können sie sich innerhalb des Kapitalismus nicht behaupten. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind, das Kapital, zwingt die verschiedenen Schichten der Arbeiterschaft schließlich immer wieder, sich zu einer gemeinsamen Front zusammenzuschließen.

In einer sozialistischen Gesellschaft fehlt aber dieses die Arbeiter verschiedener Berufe vereinigende Moment. In einer solchen Gesellschaft stehen die Arbeiter des einzelnen Berufs nur noch *e i n e m* Faktor gegenüber: der Gesamtheit der Arbeiter, die, wenn man von der beruflichen Sonderung absteht, als Gesamtheit nicht der Produzenten, sondern der Konsumenten erscheint. Der Gegensatz zum Gegenstand des gesellschaftlichen Gemeininteresses und des beruflichen Sonderinteresses.

Hier liegt eine der Gefahren, die eine sozialistische Gesellschaft bedrohen. Wir bezweifeln keinen Augenblick, daß sie Mittel finden wird, ihnen zu entgehen, vor allem durch eine Art der Erziehung, die ein jedes Gesellschaftsmitglied fähig macht, in verschiedenen Berufen tätig zu sein. Aber gerade für die Zeit des Übergangs kann das Überwiegen beruflicher Sonderinteressen zu sehr unangenehmen Erscheinungen führen. Wir haben nicht die geringste Ursache, diese Gefahr dadurch zu steigern, daß wir die höchste Autorität im Staate, die Vertretung des Volkes zu einer Produzenten- und nicht zu einer Konsumentenvertretung machen, das heißt sie nicht nach einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht wählen lassen, son-

dem nach einem Berufswahlrecht, als Produzentenvvertretung, wie es das Räteystem oder der Gilde sozialismus fordert.

Nun wird uns freilich entgegengehalten, daß auch die herkömmlichen Parlamente Vertretungen von Sonderinteressen seien. Nur nicht beruflicher, sondern territorialer Art. Jeder Abgeordnete vertrete da die Sonderinteressen seines Wahlkreises, die Interessen einer besonderen „Nachbarschaft“.

Das ist keineswegs richtig. Es gilt für die mittelalterliche Vertretung, nicht die moderne. In den mittelalterlichen Landständen vertrat jeder einzelne bürgerliche Abgeordnete die Interessen der Stadt, die ihn entsandt hatte. Aber in den modernen Parlamenten gilt jedes Mitglied als Vertreter der Gesamtnation, nicht einer besonderen Lokalität. Und das bleibt nicht eine bloße Phrase, sondern wird immer mehr zur Wirklichkeit in dem Maße, in dem der kapitalistische Verkehr die einzelnen Lokalitäten des Staates in engere Verbindung miteinander bringt und damit die Grundlage für die moderne, staatliche, im Gegensatz zur primitiven lokalbeschränkten Demokratie schafft. Bereits in der ersten Nationalversammlung der großen Französischen Revolution traten die Abgeordneten nicht mehr als Vertreter ihrer Wahlkreise auf.

Die Gegenätze, die in den modernen Parlamenten aufeinanderprallen, sind die verschiedener Klassen und verschiedener politischer Methoden, die beide zu besonderen Parteibildungen führen. Jede dieser Parteien erstreckt sich über die ganze Nation, keine vertritt ein bloß lokales Interesse. Kein lokale Parteien, wie etwa die Welfen oder der Bayerische Bauernbund, sind reaktionäre Kuriositäten, die der Denkweise der Vergangenheit entsprechen und keine Zukunft haben.

Die Fragen, um die es sich bei den Kämpfen um das Parlament und im Parlament handelt, sind zumeist allgemeiner, nicht besonderer beruflicher Natur. Jede Klasse und jede Partei hat diesen Fragen gegenüber eine besondere Stellung, doch die Fragen selbst gehen die ganze Gesellschaft an.

Aber freilich, wird das unter dem Sozialismus ebenso sein? Werden dann nicht die heutigen staatlichen Aufgaben verschwinden, so daß das Gemeinwesen keine politischen mehr, sondern nur noch ökonomische Aufgaben haben wird? Was brauchen wir dann eine Versammlung von Politikern? Wir

brauchen eine Versammlung von Fachleuten, die mit den ökonomischen Dingen aus eigener Praxis gründlich vertraut sind. Und darum soll die oberste Volksvertretung eine Vertretung der Produzenten und nicht der Konsumenten sein.

Leider aber ist heute der Fachmann auch nur ein Laie auf allen Gebieten, die außerhalb seiner Spezialität liegen. In der Frage eines bestimmten Berufs wird daher die Produzentenkammer, die aus Vertretern aller Berufe gebildet ist, ebenso eine Laienkammer sein wie die Konsumentenkammer auch. Gewiß gibt es in jedem Beruf Leute, die nach allgemeiner, umfassender Bildung streben und deren Wissen das Berufswissen übersteigt. Aber gerade die haben eher Aussicht, in die Konsumentenkammer zu gelangen, in die nach großen, sozialen Gesichtspunkten von der Masse gewählt wird, als in die Produzentenkammer, in die am ehesten diejenigen gewählt würden, die für die Arbeiter ihres Berufs am meisten getan haben.

Übrigens bin ich der Meinung, daß in der sozialistischen Gesellschaft die Volksvertretung keineswegs von ökonomischen Fragen im höchsten Grade beherrscht sein wird. Gerade wegen der weit getriebenen Arbeitsteilung, die für die zweckmäßigste Organisation und Betreibung jedes Berufs besondere Fachkenntnisse erforderlich macht, wird es gut sein, was auch aus anderen Gründen rätlich ist, jeden Beruf möglichst selbständig zu gestalten, ihm möglichst große Freiheit der Selbstverwaltung zu geben und eigene Organe zu schaffen, die dafür sorgen, daß gegenüber dem Produzenteninteresse das der Konsumenten, also das der Gesamtheit nicht zu kurz kommt. Ist der ganze Organismus einmal im richtigen Funktionieren drin, dann wird die Zentralinstanz nur bei außergewöhnlichen tiefgehenden Neuerungen oder bei größeren Störungen und Konflikten eingzugreifen haben.

Im allgemeinen ist anzunehmen, daß das ökonomische Leben die Menschen immer weniger interessieren wird, je gesicherter ihre Existenz, je ausreichender ihr Einkommen, je kürzer ihre Arbeitszeit. Der materielle Unterbau wird stets unser Fühlen und Denken aufs gewaltigste beeinflussen. Aber damit ist nicht gesagt, daß er unser geistiges Leben stets aufs gewaltigste zu beschäftigen hat. Er beschäftigt uns heute

aufs höchste, wo fast unsere ganze Lebenszeit Arbeitszeit im Beruf ist, wo sich unsere Existenz in steter Unsicherheit befindet, wo die einen durch stete Beobachtung aller ökonomischen Möglichkeiten ungemein viel zu gewinnen, andere durch deren Nichtbeachtung ungeheuer viel zu verlieren haben.

Ist dieses Stadium überwunden, dann werden die Menschen von der Ökonomie nicht mehr so ausschließlich absorbiert werden wie bisher. Ihre Zeit und ihr Interesse für den geistigen Überbau, der sich auf dem materiellen Unterbau erhebt, wird wachsen. Damit wird aber auch die oberste Volksvertretung weniger mit Fragen der Ökonomie als der Kultur zu tun bekommen, Fragen, die jeder Mann ohne Unterschied des Berufs in gleichem Maße angehen.

Mit diesem Wechsel wird Hand in Hand gehen ein Wechsel der Bedürfnisse. Geistige Bedürfnisse werden wachsen, manche materielle Genüsse werden in Mibachtung fallen. Damit werden sich auch die Aufgaben der Produktion ändern.

Diese dient stets, unter allen Verhältnissen, der Konjunktion, der Deckung der Bedürfnisse. Wenn man darauf hinweist, daß die kapitalistische Produktion nicht der Bedarfsdeckung dient, sondern dem Profit, so übersieht man dabei, daß das Streben nach Profit dem Streben des Kapitalisten entpringt, zu konsumieren — und heutzutage oft sehr reichlich zu konsumieren. Wenn er nicht den ganzen Profit konsumiert, sondern einen Teil davon zurücklegt, „akkumuliert“, um sein Kapital zu vermehren, so geschieht das auch nur zu dem Zweck, um später wieder seinen Profit und damit seinen Konsum zu vergrößern. Andererseits produziert der Kapitalist Waren, die er selbst nicht konsumiert, sondern verkauft. Aber er wäre übel daran, wenn sich gar kein Konsument für sie fände.

Also jede Produktion ist Produktion für den Konsum, was eine Binsenwahrheit sein sollte, wenn nicht einige Kritiker des Kapitalismus Verwirrung in diesen klaren Tatbestand gebracht hätten. Der Konsum dirigiert die Produktion.

Auch von diesem Standpunkt wie von jedem anderen, von dem aus man das Verhältnis von Konsumenten und Produzenten betrachten mag, kommt man daher zu dem Schlusse, daß wir an der Erwählung der Volksvertretung durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht nichts zu ändern brauchen.

Wir brauchen uns nicht beirren zu lassen durch die Abneigung des Bakunismus und Syndikalismus gegen politische Parteien und die Parlamente; eine alte Abneigung, die einen modernisierten Ausdruck findet in den Staatsverfassungen des Rätesystems und des Gilbensozialismus.

Dabei darf man jedoch nicht außer acht lassen, daß das Konsumenteninteresse an sich keine aktive Kraft in der sozialen Entwicklung darstellt. Schon deshalb nicht, weil der Konsument eben der Herr Jedermann ist. Nur der Klassenkampf bildet die Triebkraft der Entwicklung in der Klassengesellschaft. Das Konsumenteninteresse wird in ihr aktiv wirksam bloß dort, wo es mit einem Klasseninteresse zusammenfällt.

Nur aus dem Kampfe der Arbeiter, nicht aus dem der Gesamtheit der Konsumenten wird der Sozialismus erstehen. Doch behaupten wird er sich nur, wenn er dem Konsumenteninteresse genügt, das heißt, wenn er die Produktivität der Arbeit erhöht. So wenig das bloße Konsumenteninteresse aktiv wirksam ist, so sehr wohnt ihm eine unwiderstehliche passive Kraft inne. Keine soziale Neuschöpfung kann sich lange behaupten, die die Produktivität der Arbeit herabsetzt.

Würden sich die Arbeiter in einem sozialistischen Staate die Arbeit so bequem machen, daß die Produktivität ihrer Arbeit darunter litte, so würde diese einseitige Veräuflichung der Produzenten sich bald bitter rächen. Das neue Staatswesen würde bald anfangen, ökonomisch zurückzugehen, indes neben ihm die alten kapitalistischen Staaten fortfahren würden, ihre Produktivkräfte zu entfalten. Das müßte schließlich dahin führen, daß die Arbeiter oder mindestens ein großer Teil von ihnen im sozialistischen Staate trotz der Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung als Konsumenten schlechter daran wären als im kapitalistischen, auch bei wachsender Ausbeutung in diesem. Damit verlöre das sozialistische Gemeinwesen früher oder später seine Lebensfähigkeit.

In der Tat haben wir Sozialisten stets die Lebenskraft einer sozialistischen Gesellschaft nicht bloß darauf zurückgeführt, daß sie die Arbeiter in ihrer Gesamtheit zu Produzenten, das heißt zu Herren des Produktionsprozesses macht, sondern auch darauf, daß sie die Produktivität der Arbeit in ihrer Gesamtheit steigert und die Menge des Jahresprodukts

im Verhältnis zur Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte vermehrt.

Eine Reihe Momente wirken in dieser Richtung.

So zum Beispiel das Aufhören der Streiks. Der Streik ist die Ultima ratio, das letzte Mittel, wenn alle anderen versagen, für die Lohnarbeiter, um ihre Interessen durchzusetzen. Wie der Krieg die Ultima ratio der Könige. Wie dieser ist auch jener ein barbarisches Mittel, das nicht nur über die Kämpfenden, sondern auch über viele Unbeteiligte oft furchtbares Elend verhängt und meist großen ökonomischen Schaden anrichtet. Trotzdem können und dürfen die Arbeiter auf das Streikrecht nicht verzichten. Es hieße nichts anderes, als sich wehrlos den Kapitalisten unterwerfen.

Freilich ist es verkehrt, deshalb von den Sozialisten zu verlangen, sie müßten unbesehen jeden Streik unterstützen bloß deswegen, weil es eben ein Streik sei. Leichtfertige oder schlecht vorbereitete Streiks sind vielmehr ein Verbrechen vom Standpunkt der Arbeiterinteressen selbst, die dadurch kompromittiert und geschädigt werden. Sie zu kritisieren und ihnen entgegenzuwirken ist die Pflicht des Sozialisten, die in der Aufklärung des Proletariats, in dem rücksichtslosen Aussprechen der Wahrheit, nicht in demagogischer Verherrlichung jeder Dummheit besteht, die von Proletariern ausgeht. Die Höflinge des Proletariats sind so verächtlich und gefährlich wie die der Fürsten.

Übrigens sind leichtfertige Streiks der Arbeiter selten. Viel öfter sind Verzweiflungstreiks. Die einen wie die anderen werden durch die Entwicklung der Gewerkschaften und durch ihre Erfahrungen immer mehr zurückgedrängt. Aber die Klagengegensätze sind zu schroff, als daß es nicht trotzdem auch in weniger aufgeregten Zeitaltern als den augenblicklichen zeitweise immer noch zu Streiks kommen müßte, die ebenso wie die Kriege der Nationen in dem Maße, in dem sie seltener werden, an Ausdehnung und Hartnäckigkeit und damit an verheerenden Folgen zunehmen.

Das verurteilt nicht den Streik, wohl aber eine Produktionsweise, die Streiks unvermeidlich macht. Unter sonst gleichen Umständen muß ihr eine Produktionsweise an Produktivität weit überlegen sein, die ohne Streiks auskommt. Und das erwarten wir von der sozialistischen.

Die große Kraft eines jeden Streiks in unserer Zeit, der nicht ausgesprochen sinnlos ist, beruht darauf, daß er die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft findet, die sich dem Kapital gegenüber solidarisch fühlt. Sie unterstützt ihn oft ökonomisch, in der Regel moralisch durch ihren Beifall und durch Brandmarkung jedes Streikbrechers.

In einer sozialistischen Gesellschaft stehen den Arbeitern einzelner Betriebe oder Produktionszweige nicht Kapitalisten gegenüber, sondern nur die Gesamtheit der Konsumenten, die gleichbedeutend geworden ist mit der Gesamtheit der Arbeiter. Ein Konflikt zwischen beiden Teilen, der zu einem Streik führen könnte, wäre jetzt ein Kampf einer kleinen Schicht von Arbeitern, die Sondervorteile fordert, gegen deren Gesamtheit. Ein solcher wäre von vornherein hoffnungslos. Darum sind Streiks in einer sozialistischen Gesellschaft nicht zu erwarten.

Man darf sich nicht beirren lassen durch die Tatsache, daß heute noch so oft in Staats- und Gemeindebetrieben gestreikt wird. Diese Betriebe sind noch nicht genügend sozialisiert — wir werden noch sehen, was das bedeutet —, und Staat und Gemeinde gelten noch zu sehr als vom Kapital beherrscht, als daß die Arbeiterschaft schon zwischen solchen und kapitalistischen Betrieben genügend scharf unterscheiden würde.

Eine sozialistische Gesellschaft kann nicht nur die unter dem Kapitalismus unvermeidlichen Verheerungen der Streiks vermeiden, sie kann auch die Produktion rationaler gestalten. Unter der freien Warenproduktion erhalten sich neben den technisch vollkommensten, rationellsten Betrieben der Produktion und des Handels immer noch zahllose kleinere, schlecht eingerichtete und geführte Betriebe, die nur wenig leisten, deren Betriber aber krampfhaft an ihnen festhalten, denn deren Verlust bedeutet für sie ökonomischen Ruin. Sind dagegen in einem Industriezweig alle Betriebe sozialisiert, dann wird es leicht, die weniger rationalen auszuscheiden und alle Arbeitskräfte in den vollkommensten zu konzentrieren, in denen sie weit mehr leisten als bisher.

Ich habe schon 1902 in einer Schrift über die „soziale Revolution“ darauf hingewiesen, daß man nach dieser Methode unter Umständen in der deutschen Textilindustrie die Gesamt-

produktion verdoppeln könnte bei gleichzeitiger Reduzierung der Arbeitszeit auf fünf Stunden für jeden Arbeiter.

Noch in anderer Weise wird heute viel Arbeitskraft verschwendet als durch Anwendung in rückständigen Betrieben. Viel wird auch durch die Anarchie der Produktionsweise, durch das Anwachsen der Großstädte, durch den Wechsel der Moden zu Arbeiten aufgewendet, die in einer sozialistischen Gesellschaft nicht notwendig wären, was wiederum zahlreiche Kräfte und Materialien für nützliche Arbeiten freimachen würde. Andererseits legen die zeitweisen Krisen zahllose Arbeitskräfte brach, die produktiv zu verwenden wären.

Ich muß mich hier mit dieser Andeutung begnügen. Ausführlich habe ich davon gehandelt in dem Artikel über „Die Verächwendung in der kapitalistischen Produktionsweise“ (Neue Zeit, 1889, S. 25 ff.).

Durch alles das muß im Sozialismus die Arbeit der Gesamtheit weit produktiver werden, als sie heute ist. Es muß dem Sozialismus auch vom Konsumenteninteresse zu einem Fortschritt gestalten.

Aber leider ereichen alle diese Fortschritte Zeit, sie können nicht von heute auf morgen in voller Kraft wirksam werden. Im Stadium des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist daher die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß bei den einzelnen Arbeiterschichten ihr Sonderinteresse im Produktionsprozeß stärker geltend gemacht wird, als mit der Aufrechterhaltung seiner Produktivität vereinbar ist. Daß Dauer und Intensität der Arbeit rasch verringert werden, während die Steigerung der Produktivität der Gesamtarbeit durch deren sozialistische Regelung nur langsam vor sich geht.

Das braucht noch nicht zu einem solchen ökonomischen Zusammenbruch zu führen wie in Rußland. Nicht überall sind die Verhältnisse dem Sozialismus so ungünstig wie dort; nicht überall ist die Industrie so schwach, sind die Arbeiter so wenig organisiert, wie sie es in Rußland 1917 waren, und nicht überall steht die herrschende Partei den ökonomischen Problemen so hilflos gegenüber wie die bolschewistische, die bis zur Revolution ihre ganzen geistigen Kräfte im Kampfe gegen die Polizei, im Vorbereiten von Putsch, in talmudistischem Spintifizieren über Marzgitate, wüstem Beschimpfen der Bru-

derparteien und rücksichtslosem Niedertrampeln jeder anderen Meinung aufgewendet hatte, so daß ihr zur Erforschung des wirtschaftlichen Gefüges Rußlands und der ihm am besten entsprechenden politischen und ökonomischen Formen keine Zeit verblieb.

Aber auch wo die Verhältnisse günstiger liegen, besteht die Gefahr, daß das einseitige Überwiegen des Produzentenstandpunkts über den Konsumentenstandpunkt zu ökonomischem Niedergang führt, der den Fortschritt zum Sozialismus zeitweise hemmen, vielleicht unmöglich machen würde.

Das hieße nicht, daß der Sozialismus überhaupt unmöglich ist — es gibt keine andere Produktionsweise, die den Kapitalismus überwinden und höhere Lebensformen entwickeln könnte. Aber es hieße, daß das Proletariat des betreffenden Landes und der betreffenden Zeit zum Sozialismus, zur industriellen Selbstverwaltung noch nicht reif wäre. Daß die Produktivität seiner Arbeit sinkt, sobald sie nicht mehr durch die kapitalistische Fuchtel angestachelt wird; daß ihm noch die nötige ökonomische Einsicht und das nötige Pflichtgefühl fehlen, die ebenso eine Vorbedingung des Sozialismus bilden wie eine gewisse Höhe des Großbetriebs. Diese Erkenntnis im Proletariat zu verbreiten, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialisten in der Übergangszeit.

2. Die Verteilung des Arbeitsprodukts.

Sobald das Proletariat, organisiert als sozialistische Partei, die politische Macht gewonnen hat, wird es sofort daran gehen, sie in seinem Interesse anzuwenden. Schon vorher wendet es das Ausmaß politischen Einflusses, den es allmählich erringt, in dieser Richtung an, und es hat damit nach dem Verhältnis der Kräfte der Klassen und der Klugheit und Zweckmäßigkeit seiner Taktik schon seit Jahrzehnten erhebliche Erfolge erzielt. Aber ungehemmt und mit aller Kraft wird es seine Interessen durch Schaffung neuer gesellschaftlicher Einrichtungen erst durchsetzen können, wenn es die politische Meinherrschaft gewonnen hat.

Welche ökonomischen Aufgaben erwachen ihm dann? Was dem Beschauer der kapitalistischen Gesellschaft in ihr zuerst auffällt, ist der enorme Unterschied in den Einkommens-

verhältnissen, der zwischen arm und reich, der nie so groß war wie in den letzten Jahrzehnten und der immer noch wächst. Die bitterste Armut fährt fort, eine Massenerscheinung zu sein. Der Umfang der größten Vermögen aber nimmt mit jedem Jahrzehnt zu.

Die Aufhebung der Ungleichheit erscheint da als die wichtigste Aufgabe eines sozialistischen Regimes. Und dennoch wird es durch sie nicht gekennzeichnet.

Die Unterschiede zwischen arm und reich sind älter als die geschriebene Geschichte. Wir finden sie in deren Anfängen bereits ausgebildet vor, wenn auch nicht so kraß wie unter dem entwickelten Kapitalismus.

Das Streben nach Aufhebung der Ungleichheit ist daher auch schon sehr früh zu entdecken. Natürlich bei den Armen und Elenden selbst, aber auch bei Mitgliedern der bestehenden Klassen, die Mitleid mit der Notlage der Besitzlosen empfinden. Dieses Mitleid entspringt der sozialen Natur des Menschen, es ist ein Teil seines moralischen Wesens. Und wenn man jedes Streben nach Aufhebung sozialer Ungleichheit als Sozialismus bezeichnen will, dann kann man ihn wohl ethisch begründen. Dann ist er aber auch so alt wie die menschliche Zivilisation.

Wenn wir aber von ethischer Allgemeinheit zu ökonomischer Bestimmtheit übergehen, dann finden wir, daß das Streben nach Aufhebung der Ungleichheit unter verschiedenen Produktionsverhältnissen sehr verschiedene Formen annimmt.

Bei überwiegendem Kleinbetrieb spielen die freien Besitzlosen keine Rolle im Produktionsprozeß. Sie befinden sich ganz oder doch überwiegend im Stadium des Lumpenproletariats, das, ohne selbst zu arbeiten, davon lebt, daß es den Reichen die von ihnen aufgebäuteten Früchte fremder Arbeit nach Möglichkeit abknüpft durch Laub, Gaunerei oder Bettel.

Wenn diese Schichten dahin kommen, ein soziales Ideal aufzurichten, besteht es darin, daß die Reichen alles, was sie haben, an die Armen abliefern sollen, die davon leben wollen, ohne zu arbeiten, wie die Sklaven auf dem Felde, die weder säen noch Spinnen und doch gebeihen. Das war die soziale Lehre des Urchristentums. Gätte sie allgemeine Geltung gewonnen, dann müßte sie jede Produktion und jedes gesellschaftliche

Leben unmöglich machen. Sie konnte nur aufkommen im Verein mit einer mystischen Weltanschauung, die ein Wunder erwartete, das baldige Herabsteigen des Himmels auf die Erde.

Gegenüber der Mächtigkeitslehre der ökonomischen Wirklichkeit konnte diese Lehre sich nur durchsetzen dadurch, daß sie auf ihren Kern verzichtete — ebenso wie heute der Volksgewissimus — und die geforderte freiwillige Expropriierung der Reichen auf ein bloßes Almosengeben reduzierte.

Aber noch in anderer Weise konnten die Besitzlosen bei vorherrschendem Kleinbetrieb die Beseitigung der Ungleichheit anstreben: die Reichen sollten nicht alle ihre Güter in Konsummittel verwandeln, die sie den Armen schenken, sondern sie sollten diese durch Abtretung von Produktionsmitteln, namentlich Grund und Boden, insstand setzen, als freie Eigentümer ihr Brot durch eigene Arbeit zu gewinnen.

Das war eine ökonomisch viel rationellere Forderung. Sie lag nahe für Proletarierschichten, die eben erst von der Landwirtschaft kamen, noch nicht verlernt hatten, zu arbeiten. Wir finden das Streben nach einer *A k t i v e r t e i l u n g* in Zeiten, die weniger wundergläubig und mystisch überspannt sind als die des Urchristentums, vom alten Äthien und Rom an bis zur großen Französischen Revolution.

Ein Reich der Gleichheit hat auch die Ackerverteilung nicht gebracht. Zu ihrer Durchführung erbeizte sie eine ausgedehnte fruchtbare Bodenfläche, die noch nicht von anderen Arbeitern, seien es freie Bauern oder Pächter, Kolonen oder sonstwelche Arbeiter, bebaut wurde. Wo es eine solche Fläche gab, war die Forderung überflüssig. Da waren die Herren des Bodens froh, wenn sie Arbeiter für ihn gewinnen konnten. Wo der Boden besetzt war, und zwar im Kleinbetrieb besetzt war, bedeutete die Ackerverteilung die vorherige Vertreibung anderer Arbeiter, und sie lief auch in Äthien und Rom meist darauf hinaus. In einem alten Kulturland war es einfach unmöglich, auf der technischen Grundlage bäuerlicher Landwirtschaft größere Mengen neuer Bauernstellen ohne Beeinträchtigung der bisherigen zu schaffen.

Mit allen diesen Bestrebungen nach Gleichheit hat der moderne Sozialismus nichts zu schaffen, der auf dem modernen, rationalen Großbetrieb aufgebaut wird.

Die Not der besitzlosen Massen entspringt auch hier daraus, daß sie nicht über die Produktionsmittel verfügen. Aber sie glauben nicht mehr an Wunder, verlangen daher nicht die Auflösung der Produktionsmittel in Konsumtionsmittel und deren Verteilung. Sie wollen auch die Vorteile des Großbetriebs nicht preisgeben und verlangen daher nicht dessen Auflösung in Kleinbetriebe. Sie fordern an Stelle des Privateigentums des Kapitalisten an den Produktionsmitteln, daß die Arbeiter selbst diese besitzen und gemeinsam antwenden. Also nicht die Verteilung des Eigentums der Reichen, weder als Konsumtions- noch als Produktionsmittel, an die Armen, sondern die Verwandlung des Eigentums der Reichen in Gesamteigentum der Gesellschaft und damit auch der bisher Armen.

Auch damit wird die Frage der Ausgleichung der sozial ungleichenheiten wieder eine Frage des Eigentums. Aber nun ganz neuer Art. Nicht mehr seiner Verteilung an die einzelnen, sondern die seiner Vereinigung in gemeinsamen Besitz.

Doch ist damit die Frage der Verteilung nicht erledigt. Sie nimmt nur eine neue Form an. Die Arbeiter produzieren in der sozialistischen Gesellschaft gemeinsam, um gemeinsam über ihr Produkt verfügen zu können. Wieviel soll dem einzelnen davon zufallen, nach welchem Schlüssel soll es verteilt werden?

Das dünkte den meisten Sozialisten lange Zeit hindurch eine der wichtigsten Fragen zu sein, deren Lösung eine Vorbedingung des Sozialismus bilde. Die einen verlangten, daß der einzelne Arbeiter seinen vollen Arbeitsertrag erhält, das heißt alles, was er produziert; andere sahen darin eine Ungerechtigkeit und forderten, jeder solle gleichviel oder so viel bekommen, als seinen Bedürfnissen entspreche.

Noch 1886 widmete Anton Menger dieser Frage ein eigenes Werk, „Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag“, in dem er sich heftig gegen Marx und Engels wendete, die die Bedeutung des von ihm behandelten Problems unterschätzt hätten.

Doch was will man von Menger? Noch 1917 erklärt Lenin selbst in seinem Buch über den „Staat und die Revolution“ eingehend die Frage, nach welcher Formel das gesellschaftliche Produkt unter die Arbeiter zu verteilen sei. Merkwürdiger-

weise stützt er sich dabei auf Marx, auf denselben Marx, dem Menger 1886 vorgeworfen, daß er nicht über die Verteilung der Produkte im Zukunftsstaat gesprochen habe. Menger konnte damals freilich nicht wissen, was wir selbst erst 1891 erfuhren, daß Marx 1875 in seinem berühmten Brief über das Gothaer Parteiprogramm die Frage zwar nur kurz, aber sehr entschieden und klar behandelt hatte.

Er ging aus von den folgenden Sätzen des Programmvorschlages:

„Der Ertrag der Arbeit gehört unverkürzt, nach gleichem Rechte allen Gesellschaftsgliedern.“

Und später:

„Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrags.“

Marx bemängelt zunächst das Wort „Arbeitsertrag“, das ebenso das Produkt der Arbeit wie den von ihr geschaffenen Wert bedeuten kann und ebenso das Gesamtprodukt wie den Netzwert, den die Arbeit des Jahres den aus den früheren Jahren vorgefundenen Produkten hinzufügt. Dann weist er darauf hin, wie unbestimmt und vieldeutig der Begriff des „gerechten Verteilung“ ist.

Nach Kassalle erforderte die Gerechtigkeit, daß jeder Arbeiter unverkürzt den Ertrag seiner Arbeit erhalte. Marx wies darauf hin, daß von dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt vor der Verteilung an die Arbeiter abzuziehen sind die Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel, dann Mittel zur Ausdehnung der Produktion, Reserven zur Ausgleichung von Störungen und Unfällen, wie Missernten usw. Dann die Verwaltungskosten des Gemeinwesens und die Ausgaben zur Erhaltung Arbeitsunfähiger sowie zur Deckung gemeinsamer Bedürfnisse, Straßen, Schulen usw.

Nur der Rest kann verteilt werden. Also von der Ausfolgung des unverkürzten „Arbeitsertrags“ an den einzelnen Arbeiter kann keine Rede sein.

Nach welchem Schlüssel wäre nun der Rest zu verteilen? „Nach gleichem Recht“, sagte der Programmentwurf.

Aber jedes Recht, sagt Marx, ist ein ungleiches Recht, weil es an ungleiche Individuen den gleichen Maßstab anlegt. Soll jeder nach seinem Anteil am gesellschaftlichen „Arbeitsvertrag“, das heißt nach seiner Arbeitsleistung entlohnt werden? Das wäre jeht ungleiches Recht, denn der eine ist schwächer als der andere, der eine hat viele Kinder, der andere ist kinderlos. Trotz dieser Ungleichheit und Ungerechtigkeit wird die sozialistische oder, wie Marx sagt, die kommunistische Gesellschaft in ihren Anfängen an die Überlieferungen der kapitalistischen Gesellschaft anknüpfen und die Arbeiter nach ihrer Leistung entlohnen müssen. Marx fährt fort:

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur ein Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voll fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtskreis ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fühne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“

Diese „höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft“ nennt Lenin den eigentlichen Kommunismus. Dessen erste Phase sei das, „was gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird“ (Staat und Revolution, S. 12).

Diese zweite Phase sieht Lenin bereits in den glänzendsten Farben. Den Grundsatz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ deutet er gleich dahin, daß „die Menschen freiwillig nach ihren Fähigkeiten tätig sein werden. . . Die Verteilung der Konsummittel wird dann die Normierung der jedem einzelnen zukommenden Mengen durch die Gesellschaft unnötig machen; jeder wird freinehmen nach seinen Bedürfnissen“ (Staat und Revolution, S. 81).

Welch paradiesischer Zustand, wo jeder arbeiten kann, was und wieviel und wo er will; und jeder eine solche Fülle von Gebrauchsgegenständen vorfindet, daß er frei alles nehmen kann, wonach ihn gelüftet!

Lenin schwante damals noch nicht, daß die zweite Phase seines Kommunismus einen ganz anderen Charakter tragen werde: den des Arbeitszwangs und der Hungersnot.

Aber abgesehen davon, hat Marx sich hier nicht selbst auf die Suche nach einem idealen Verteilungsmaßstab begeben?

Keineswegs. Das wird jedem klar, der bei den bereits vorgebrachten Stellen nicht stehenbleibt, sondern weiterliest. Unwirsch fährt Marx fort:

„Ich bin weilläuferig auf den ‚unverfürgten Arbeitsvertrag‘ eingetreten, ‚das gleiche Recht‘, die ‚gerechte Verteilung‘ andererseits eingegangen, um zu zeigen, wie sehr man frevelt, wenn man einseitig Vorstellungen, die zu einer gewissen Zeit einen Sinn hatten, jeht aber zu veraltetem Phrasentram geworden sind, unserer Partei wieder als Dogma aufdrängen will, andererseits aber die realistische Auffassung, die der Partei so mühevoll beigebracht worden, die aber jeht Wurzeln in ihr gefäßt, wieder durch ideologische Rechts- und andere, den Demokraten und französischen Sozialisten so geläufige Kläusen verdrängt.“

Abgesehen von dem bisher Entwickelten, war es überhaupt fehlerhaft, von der sogenannten Verteilung Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen.

Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst. Letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst. Die kapitalistische Produktionsweise zum Beispiel beruht darauf, daß die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeweiht sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundbesitz, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingung, der Arbeitskraft ist. Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich von selbst die heutige Verteilung der Konsumtionsmittel. Sind die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst, so ergibt sich ebenso eine von der heutigen verschiedene Verteilung der Konsumtionsmittel. Der Volksgütersozialismus (und von ihm wieder ein Teil der Demokratie) hat es von den bürgerlichen Ökonomen übernommen, die Distribution (Verteilung) als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus als hauptsächlich um die Distribution sich drehend darzustellen. Nachdem das wirkliche Verhältnis längst klargestellt, warum wieder rückwärts gehen?“

Über denselben Gegenstand handelt Marx ausführlicher in dem hinterlassenen Fragment seiner „Einleitung zu einer Kritik der politischen Ökonomie“, das ich in Verbindung mit der Marxschen Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ in deren neueren Auflagen herausgegeben habe. Ein eigener Abschnitt behandelt dort „Produktion und Distribution“ (S. XXVIII ff.), wo es unter anderem heißt:

„Die Gliederung der Distribution ist vollständig bestimmt durch die Gliederung der Produktion. Die Distribution ist selbst ein Produkt der Produktion, nicht nur dem Gegenstand nach, daß nur Resultate der Produktion distribuiert werden können, sondern auch der Form nach, daß die bestimmte Art der Teilnahme an der Produktion die besondere Form der Distribution bestimmt, die Form, worin an der Distribution teilgenommen wird.“ (S. XXIX.)

Das wird klar an der kapitalistischen Produktion. Sie ist ein bestimmtes Produktionsverhältnis zwischen dem Arbeiter und dem Besitzer der Produktionsmittel, dem Kapitalisten. Aus diesem Verhältnis folgt, daß dem Besitzer der Produktionsmittel das Eigentum an den mit ihnen erzeugten Produktionsmitteln zufällt. Aber er vermag den dafür erlösten Wert nicht vollständig zu behalten, denn der Produktionsprozess muß weitergehen. Nicht als einmaliger, wohl aber als beständig sich erneuernder Prozess, als Reproduktionsprozess hat er seine Geschäftstätigkeit, der sich auch der Kapitalist beugen muß. Dieser muß einen Teil aufwenden, um neue Rohmaterialien und Hilfsstoffe, Kohle, Öl usw. zu kaufen, Maschinen und Gebäude instand zu halten usw. Die Gesetze der Konkurrenz selbst zwingen ihn, seinen Betrieb beständig auf der Höhe zu erhalten und zu erweitern, was Neuanschaffungen und Neubauten erforderlich macht. Er muß eine Summe Geldes als Lohnfonds für die Arbeiter, die er beschäftigt, parat halten und muß Staats- und Kommunalsteuern bezahlen. Diese ganze Art der Verteilung des Produktwerts, den er erzielt, ist ihm durch die Verhältnisse der Produktion und der Gesellschaft vorgeschrieben, er kann über ihn nicht nach Belieben verfügen. Das kann er nur mit dem Rest tun, der ihm als sein Konsumtionsfonds übrigbleibt.

So wird auch die sozialistische Gesellschaft Produktionsbedingungen vorfinden, die ihr bestimmte Arten der Verteilung

vorschreiben, ganz unabhängig von den Gerechtigkeitsformeln, deren Durchführung sie sich vornehmen mag.

Durch die Änderung des Eigentums an den Produktionsmitteln, durch deren Übergang in Gemeineigentum wird die Gesellschaft die Herrin über die Gesamtheit der geschaffenen Produkte. Aber tatsächlich erhält sie damit bloß das Verfügungsrecht über den Konsumtionsfonds der früheren Herren der Produktionsmittel, der Kapitalisten und Grundbesitzer. Und auch diesen Fonds nicht vollständig, da ja die sozialistische Gesellschaft die genannten Herren beschäftigt und ihnen dafür Lohn zahlen wird. Der Rest des Konsumtionsfonds der Kapitalisten wird mit dem Lohnfonds nun verschmolzen und dient zur Erhöhung der Löhne. Aber ebenso wie in der kapitalistischen wird in der sozialistischen Produktionsweise die Entlohnung des Arbeiters in enger Beziehung zu dem Produktionsprozess bleiben.

Gewiß, die Arbeitskraft hört nun auf, eine Ware zu sein. Ihr Preis wird nicht mehr durch Nachfrage und Angebot auf dem Arbeitsmarkt bestimmt. Aber der Lohn des Arbeiters wird nach wie vor nicht bloß ein Ergebnis der bisherigen Produktion sein müssen, sondern er muß auch eine Form haben, die einen Antrieb zu weiterer Produktion bildet.

Der Arbeitslohn bleibt in enger Beziehung zur Technik und Psychologie des Arbeitsprozesses.

Heute wählt der Kapitalist die verschiedensten Formen des Arbeitslohns, je nach der Eigenart der verschiedenen Betätigungsarten. Die einen Arbeiter beschäftigt er im Akkordlohn, andere im Stundenlohn. Manche gibt er Rohmaterial ins Haus und bezahlt ihnen das fertige Produkt, das sie ihm bringen. Seine Beamten sind gegen Monats- oder Jahresgehalt beschäftigt.

So wird auch ein sozialistischer Betrieb die verschiedensten Entlohnungsarten wählen müssen je nach dem Charakter der zu entlohnenden Arbeit. Und wenn auch die Arbeitskraft aufgehört hat, eine Ware zu sein, wird doch das Wirken von Nachfrage und Angebot nicht ganz ausgeschaltet werden. Allerdings wird es dann keine wechselnden Konjunkturen und die ihnen entsprechenden Lohnschwankungen geben. Aber es wird nach wie vor angenehme und unangenehme, leichtere und schwerere

Arbeiten geben. Wenn wir keinen Arbeitszwang haben, werden sich bei gleicher Entlohnung zu den ersteren die Menschen drängen und die anderen Arbeitsarten Mangel an Kräften haben. Sollen alle Arbeiten in richtigen und notwendigen Verhältnis zueinander ausgeführt werden, wird nichts anderes übrigbleiben, als die Anziehungskraft der gemiedenen Arbeiten durch eine den Durchschnitt überragende Lohnhöhe zu vermehren — oder durch eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn, was auf dasselbe hinauskommt.

Also nicht durch die Grundsätze der Gerechtigkeit, wie immer man sie formulieren mag, wird die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts unter die einzelnen Arbeitskräfte bestimmt werden, sondern durch die Bedingungen und Erfordernisse der Produktion.

3. Eigentum und Organisation.

Was für den Sozialismus entscheidend wird, das ist nicht die Festsetzung einer besonderen Formel gerechter Verteilung, sondern das ist die Aufhebung der proletarischen Ausbeutung, also die Aufhebung jeglicher arbeitslosen Einkommens. Die Aufhebung von Profit, Zins, Grundrente. Das ist nur möglich durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Daß dies und nicht der Maßstab der Verteilung die Hauptsache für uns Sozialisten sei, haben die Marxisten seit jeher gewußt. Doch stellten wir uns das Problem einfacher vor, als es jetzt erscheint. Die Schwierigkeit bei der Verwandlung privater in gesellschaftliche, staatliche usw. Betriebe schien uns nur darin zu liegen, daß der Eigentümer des Betriebs gleichzeitig sein Leiter ist, so daß der Betrieb schwer ohne seinen Eigentümer weiterexistieren kann. Diese Schwierigkeit wurde jedoch durch die ökonomische Entwicklung von selbst immer mehr beseitigt. Je größer der Betrieb wird, desto mehr seiner leitenden Funktionen muß der Kapitalist an besoldete Angestellte abgeben, bis schließlich alle seine Funktionen in dieser Weise versehen werden können. Ist der Betrieb einmal in diesem Stadium angelangt, dann kommt es leicht auch äußerlich zur Trennung zwischen Eigentum und Leitung, was namentlich in der Form der Aktiengesellschaft sinnenfällig zutage tritt.

Hier ist auch der letzte Schein davon aufgegeben, daß die Person des Kapitalisten für den Betrieb notwendig ist.

Das wird noch erhöht durch die Zusammenfassung verschiedener Unternehmungen desselben Industriezweigs zu einem Verband, der ihnen ein Monopol in diesem Zweige gibt, gleichzeitig aber die Selbstständigkeit der einzelnen Betriebe und in ihnen die „private Initiative“ auf wichtigen Gebieten aufhebt. Wo es einmal so weit war, schien der Übergang zu sozialistischem Besitz und Betrieb bloß noch eine Frage der Macht zu sein. War das Proletariat im Besitz der Staatsmacht, dann nichts einfacher, als dem Staate den Aktienbesitz zu übertragen und die Leitung der syndizierten Unternehmungen seinen Geboten zu unterstellen.

Doch die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns bereits gezeigt, daß das Problem nicht so einfach ist, obwohl sie uns erst an seine Schwelle brachten, denn das russische Experiment zählt nicht. Es ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln, unternommen an einem untauglichen Objekt.

Als Marx und Engels 1872 die zweite Auflage des kommunistischen Manifests herausgaben, erklärten sie, es sei selbstenweise veraltet:

„Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann.“

Wir haben über diesen dem Marxisten „Bürgerkrieg in Frankreich“ entnommenen Satz oben bereits ausführlich gehandelt. Was er von der Staatsmaschine sagt, kann man aber auch von dem kapitalistischen Produktionsmechanismus sozusagen die Arbeiterklasse „fertig“ vorfindet. Auch ihn kann sie nicht „einfach in Besitz nehmen und ihn für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen“.

Sie muß ihn ebenso wie die Staatsmaschine ihren Zwecken erst anpassen.

Die kapitalistische Industrie beruht auf dem Großbetrieb und der Arbeitsteilung in ihm. Der einzelne Betrieb ist ein ungeheurer Organismus mit zahlreichen Organen, belebten und unbelebten, von denen jedes seine besondere Tätigkeit entwickelt, die alle harmonisch zusammenwirken, ohne Nebenwirkungen, ohne Zeitverlust, um gemeinsam ein Endprodukt zu

erzeugen. Diese Organisation im Betrieb entwickelt zu haben, das ist die Großtat des Kapitalismus. Eine solche Organisation einzurichten, erheischt immer mehr nicht nur außerordentliche organisatorische Fähigkeiten und praktische Erfahrungen auf allen Teilgebieten des komplizierten Arbeitsprozesses, sondern auch eine solide, wissenschaftliche Vorbildung.

Diese Organisation muß der Sozialismus vom Kapitalismus übernehmen. Sie bildet eine seiner Vorbedingungen. Aber sie ist zugeschnitten nicht auf die Bedürfnisse der Produktion überhaupt, sondern auf die der kapitalistischen Produktion, das heißt auf die Alleinherrschaft, die Autokratie, die Diktatur des Kapitalisten oder seiner Vertreter im Betrieb. Wie jede Diktatur oder Despotie setzt auch sie widerstandsunfähige Untertanen voraus.

Wie bei der Staatsmaschine, gilt es auch beim Betriebsmechanismus, ihn den Zwecken des Proletariats anzupassen; hier wie dort heißt das, an Stelle der Autokratie die Demokratie setzen.

Hierbei waltet jedoch der Unterschied, daß wohl 1872, als Marx und Engels den oben zitierten Passus schrieben, die großen Militärmonarchien noch bestanden, deren Staatsapparat nicht einfach proletarischen Zwecken dienstbar zu machen war, daß aber diese seitdem — abgesehen von der Militärdiktatur in Rußland und bei manchen seiner Nachbarn — durch die Demokratie ersetzt wurden, ehe noch das Proletariat sich der politischen Macht bemächtigte. Es hat diese nur noch zu verallgemeinern, nicht ganz neu zu schaffen.

Im kapitalistischen Betrieb dagegen ist die Organisation noch ganz auf den „Herrn im Hause“ zugeschnitten. Die Gewerkschaften haben es vermocht, dessen Macht ein wenig einzuschränken, aber noch lange nicht zu brechen. Eine weitere Einschränkung bilden die Betriebsräte. Aber das alles sind nur Anfänge. Eine wirklich demokratische Betriebsverfassung ist fast allenthalben erst zu schaffen, die der kapitalistischen Autokratie ein Ende macht in einer Weise, die die Produktivität und Anpassungsfähigkeit des Betriebs nicht mindert, ja womöglich noch steigert.

Aber mit dieser Umorganisation ist die ökonomische Aufgabe des Sozialismus nicht erschöpft.

Der industrielle Kapitalismus hat die Organisation des Produktionsprozesses innerhalb des einzelnen Großbetriebes meisterhaft verstanden. Aber zum wirtschaftlichen Gesamtprozeß gehört der Zirkulationsprozeß, das Kaufen und Verkaufen ebensogut wie das Produzieren. Die primitive Bauernwirtschaft, die alles selbst produziert, kann ohne Zirkulationsprozeß der Produkte zwischen den Betrieben existieren. Nicht aber eine Gesellschaft, in der eine Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Produktionszweigen eingetreten ist. Die Fabrik muß Rohmaterialien und Kohlen erstehen sowie Arbeitskräfte anwerben, will sie produzieren. Und ihre Produktion würde bald ein Ende nehmen, wenn ihre Produkte nicht einen Absatz fänden.

So streng und oft genial organisiert die Produktion im kapitalistischen Betrieb war, so organisationslos, anarchisch, dem „freien Spiel der Kräfte“ überlassen blieb lange der Zirkulationsprozeß. Und er ist heute noch arg vernachlässigt. Auf seinem Gebiet vollziehen sich die größten wirtschaftlichen Verschwendungern und Hemmungen, und hier vor allem ist es möglich, durch gezielte Führung von Plan und Organisation die sozialistische Wirtschaft produktiver zu gestalten als die kapitalistische.

Aber das Problem ist ein enormes, und es wird immer schwieriger, je mehr der Weltverkehr sich entwickelt und der Zirkulationsprozeß selbst für einen einzelnen Großbetrieb immer mehr die ganze Welt umfaßt, von der er Rohmaterialien, Hilfsstoffe, Werkzeuge bezieht und in der er Abnehmer für seine Produkte zu finden hat.

Der Kapitalismus selbst liefert nur sehr geringe Vorarbeiten für die Organisation des Zirkulationsprozesses. Mancher sah in den schon erwähnten Syndikaten und Trusts Ansätze zu einer derartigen Organisation. Aber jeder dieser Verbände umfaßt nur einen einzigen Industriezweig, und er bewirkt höchstens die Uniformierung der Absatzbedingungen oder die Zuteilung des Absatzes respektive der Absatzgebiete an die einzelnen Mitglieder des Verbandes. Das Problem der Organisation der Zirkulation besteht aber in der planmäßigen Herstellung geregelter Verhältnisse zwischen den verschiedenen

Produktionszweigen, in der Aufrechterhaltung der Proportionalität, des richtigen Verhältnisses zwischen ihnen.

Die Aufgabe wird noch kompliziert dadurch, daß bisher die Triebkraft und der regelnde Faktor des Zirkulationsprozesses der Profit war. Produktionszweigen und Gegenden, die überdurchschnittlichen Profit machten, fließt das Kapital zu und es vermehrt dort die Produktion. Wo es weniger Profit macht als den durchschnittlichen, dort fließt es ab, was zur Einschränkung der Produktion führt. Ohne diese regelnde Wirkung des Profits müßte die kapitalistische Wirtschaft bald in regelloser Anarchie untergehen.

Nun geht das Streben des Proletariats, also des Sozialismus, nach Aufhebung der Ausbeutung, demnach auch des Profits. Das bringt aber die Aufgabe mit sich, nicht nur die Zirkulation zu organisieren, sondern dies auch in einer Weise zu tun, die ihren bisherigen Regulator, den Profit entbehrlich macht.

Diese Neuorganisationen sowohl innerhalb des einzelnen Betriebes wie innerhalb der Gesamtwirtschaft zu schaffen, das ist die eigentliche ökonomische Aufgabe des siegreichen Proletariats. Die Umwandlung des Eigentums an den Produktionsmitteln ist damit eng verbunden, sie kann sich aber eben deshalb nur in dem Maße vollziehen, in dem jene Organisation möglich wird. Die Regelung der Verteilung ist demgegenüber eine ganz sekundäre Frage.

Die Aufgabe ist eine der gewaltigsten und schwierigsten, die die Weltgeschichte bisher einer siegreichen Klasse auferlegt hat. Sie mit einem Schlage zu lösen, ist von vornherein unmöglich. Und ebensowenig ist es möglich, die Aufgabe nach den Angaben eines einzelnen Diktators zu lösen, wie genial und kenntnisreich er auch sein mag. Sie erheischt organisatorische Fähigkeiten, praktische Erfahrungen, wissenschaftliche Kenntnisse in einem Ausmaß, wie auch der größte der Sterblichen sie nicht in seiner Person zu vereinigen vermag. Sie verlangt das eifrige und hingebende Zusammenwirken der besten Kräfte der ökonomischen Wissenschaft und Praxis, soll es gelingen, sie zu bewältigen und schrittweise der Lösung näherzukommen.

Nichts verderblicher, als die Größe der Aufgabe zu unterschätzen und sich leichter, ja und sorglos an sie heranzumachen.

Auch dafür wieder gibt uns ein abschreckendes Beispiel Lenin in seinem hier oft zitierten Buche. Wir haben schon gesehen, wie einfach ihm die Aufgaben des modernen Staates erschienen. Ebenso einfach stellte er sich die Organisation der Produktion vor. Er spricht von den Bedingungen in kapitalistischen Staaten, die Voraussetzungen sind, daß die gesamte Bevölkerung sich an der Staatsleitung beteiligen kann, wie allgemeine Schulbildung, Unterweisung und Disziplinierung von Millionen Arbeitern durch den großen komplizierten gesellschaftlichen Apparat der Post, Eisenbahnen, Großbetriebe, des Großhandels, Bankwesens" usw.

Er nahm jedenfalls an, Rußland habe 1917 schon dieses „fortgeschrittene Stadium“ erreicht, wenigstens handelte er so, als wenn er das annähme. Er fuhr fort:

„Bei solchen wirtschaftlichen Vorbedingungen ist es durchaus möglich, von heute auf morgen dazu überzugehen, nach Befreiung der Kapitalisten und Beamten sie auf dem Gebiet der Produktions- und Verteilungskontrolle, der Arbeits- und Produktionsregistrierung durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk zu ersetzen. (Man darf die Frage der Kontrolle und Registrierung mit der Frage des wissenschaftlich vorgebildeten Personals — Ingenieure, Agronomen und andere mehr — nicht verwechseln: diese Herrschaften arbeiten heute und fügen sich den Kapitalisten; sie werden noch besser arbeiten und sich den bewaffneten Arbeitern fügen.)

Registrierung und Kontrolle sind das Wichtigste, was notwendig ist, um die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft in Gang zu bringen, das richtige Funktionieren derselben vorzubereiten. Alle Bürger verwandeln sich hier in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden. Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter eines Staatsbündnisses des gesamten Volkes. Es handelt sich nur darum, daß sie alle die gleiche Arbeit leisten, das Arbeitspensum richtig innehalten und den gleichen Lohn zugewiesen erhalten. Diese Registrierung, die Ausübung dieser Kontrolle hat der Kapitalismus aufs äußerste vereinfacht, hat sie in die außerordentlich einfachen, jedem des Lesens und Schreibens kundigen zugänglichen Operationen der Beaufsichtigung und Notierung verwandelt, für deren Ausübung die Kenntnis

der vier Rechnungsarten und die Ausstellung entsprechender Quittungen genügt.

Die ganze Gesellschaft wird ein Bureau und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn." (Staat und Revolution, S. 84 und 85.)

Nein, ein gesellschaftlicher Produktionsapparat so einfacher Natur, daß jeder ihn einrichten und leiten kann, der Schreiben und Lesen gelernt hat, und in dem die Leiter nichts zu tun haben, als die Arbeit zu überwachen und jedem den gleichen Lohn auszubezahlen — das ist keine Fabrik, das ist ein Zucht haus. Selbst die einfachste Fabrik stellt höhere Anforderungen an ihre Leiter, von der Gesamtheit der gesellschaftlichen Arbeit gar nicht zu reden.

So primitiv waren die ökonomischen Vorstellungen selbst des bedeutendsten der Volkshelden in der Zeit, in der sie sich ansahen, die Macht zu ergreifen. In gewissem Sinne allerdings war diese fabelhafte Unwissenheit für den Volksheld ein Glück. Nur sie verlieh ihm jene Kühnheit, die ihn zum Beherrscher des gewaltigsten Staates Europas machte. Geringer war das Glück für Rußland und den Kommunismus.

Nicht blind vorstürmende Kühnheit mit völliger Nichtachtung aller Schwierigkeiten unserer Aufgabe hat das Werk der ökonomischen Revolution des Proletariats zu befehlen. Uns Sozialisten obliegt vielmehr gewissenhafteste Prüfung eines jeden Schrittes, den wir vorwärts tun. So fruchtbar ein revolutionäres Temperament wird, das sich durch die Felsen des Herkömmlichen nicht hemmen läßt, es wird zum Verderben, wenn es nicht geleitet und gezügelt wird durch wissenschaftliche Gründlichkeit.

4. Bürgerliche und proletarische Revolution.

a) Die bürgerliche ökonomische Revolution.

Wenn der Volksheldismus für die ökonomische Revolution ebenso wie für die politische das Hauptgewicht auf die Kühnheit und Rücksichtslosigkeit legte, so liegt das zum Teil an der Naivität seiner Anschauungen von dem kapitalistischen Produktionsprozeß. Aber nicht ausschließlich. Sondern es zeigt

sich auch hier wieder seine Befangenheit in den Vorstellungen der bürgerlichen Revolution.

Diese ist auch nach ihrer ökonomischen Seite ebenso wie nach ihrer politischen von der proletarischen grundverschieden. Das ist von vornherein eine Selbstverständlichkeit in bezug auf das ökonomische Ziel der Revolution. Die proletarische Revolution will denselben Kapitalismus aufheben, dessen volle und rasche Entfaltung durch die bürgerliche Revolution erst möglich wurde. Aber der Unterschied beider Revolutionen liegt nicht bloß im Ziel, sondern auch in den Methoden.

Die bürgerliche ökonomische Revolution hatte keine neuen Betriebs- und Verkehrsformen zu organisieren. Sie hatte bloß die Betriebsformen, die sie vorfand, von den auf ihnen liegenden feudalen Lasten und Hemmnissen zu befreien. Nach wie vor der Revolution blieb der Kleinbetrieb und speziell der bäuerliche Betrieb die weitaus überwiegende Betriebsform. Kapitalistische Betriebe waren noch selten und dienten in der Regel dem Luxus. Wohl schuf die Revolution die Grundlagen, auf denen der kapitalistische Betrieb zur Deckung von Massenbedürfnissen die in der Gesellschaft herrschende Produktionsform werden konnte, aber solche Betriebe hervorzuheben gehörte nicht zu den Aufgaben der bürgerlichen Revolution. Wohl hatte sie nicht ausschließlich negativ zu wirken, sie hatte einen neuen Staat zu organisieren, ein neues Recht zu schaffen. Aber ökonomisch war ihre Aufgabe relativ leicht und klar zutage liegend: die Aufhebung der feudalen Lasten und Privilegien. Weder der Bauer noch der Handwerker brauchte seine Betriebsweise dabei zu ändern, sie lief weiter wie bisher, nur mühseliger. Der Großbetrieb des Feudalherrn verlor allerdings dabei seine Arbeitskräfte, die in den fronspflichtigen Bauern bestanden hatten. Aber nichts hinderte ihn, denselben Bauern, die bisher für ihn geschnitten, Löhne zu zahlen, die sie anlockten. Dabei waren diese Großbetriebe unbedeutend und äußerst irrational. Wenn der Gutsherr nicht verstand, zur Lohnarbeit überzugehen, mußte er sie parzellieren und an Kleinbauern verkaufen oder verpachten. Das bedeutete nur eine Ausdehnung des Gebiets der schon bestehenden Bauernwirtschaft, keine ökonomische Neugestaltung. Dasselbe war der Fall, wenn die Revolution nicht

bloß die Feudallasten aufhob, sondern auch die Güter des großen Grundbesitzes konfiszierte, um sie in kleinere Betriebe zu zertheilen und an Private zu verkaufen.

Der Feudalherr selbst war ganz überflüssig geworden. Die feudalen Lasten bildeten nirgends eine soziale Notwendigkeit. Man konnte sie ohne weiteres für das ganze Staatsgebiet für alle Betriebe und Betriebszweige mit einem Schläge für aufgehoben erklären. Das ökonomische Leben erlitt dadurch keine Störung, eher einen Aufstoß.

Zur Verteidigung des Volksweltismus hat man behauptet, daß die Revolution in ihren Anfängen stets einige Verwirrung im ökonomischen Leben und damit eine gewisse Notlage erzeugen muß. Das gilt allerdings von der bürgerlichen Revolution, aber nur von ihrer politischen Seite. Sie vollzieht sich unter gewaltsamem Umsturz der Regierungsgewalt, Unruhen und Bürgerkriegen, die stets große ökonomische Schädigungen nach sich ziehen. Diese wachsen noch, wenn der Bürgerkrieg Hand in Hand geht mit dem Kriege revolutionärer Staaten gegen reaktionäre Mächte. Der Zusammenbruch der Staatsgewalt zieht auch ein Stocken der Steuereingänge nach sich, daher die Notwendigkeit, den Staatsbedarf durch Papiergeldwirtschaft, Assignateninflation zu decken, was zu steigender Geldentwertung und größter ökonomischer Unsicherheit führt.

Sind aber diese Folgen der politischen Revolution überwunden, dann erholt sich sofort das ökonomische Leben. Der Kleinbetrieb, namentlich der bäuerliche, sich fast selbst genügende, geht noch während der Revolution überall dort weiter, wo nicht der Krieg und der Bürgerkrieg seinen Schauplatz findet; er erholt sich rasch von deren Vernüftungen, dank der vermehrten Lebenskraft, die ihm der Fortfall der feudalen Lasten und Hemmnungen verliehen hat. Nach der Beendigung des Bürgerkriegs und des Terrorismus nimmt die Produktion sofort raschen Aufschwung.

Was sie vorübergehend schädigte, waren, wie gesagt, die Folgen der politischen Revolution, nicht aber die Raschheit, Rücksichtslosigkeit, Uniformität der ökonomischen Revolution. Diese waren mit den ökonomischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution gegeben.

Stellenweise gingen im Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen manche der Regierungen daran, auch ohne politische Revolution manche der ökonomischen revolutionären Forderungen durchzusetzen, entweder aus Furcht vor der Revolution oder aus Furcht vor dem unvermeidlichen ökonomischen Zusammenbruch, der dem Staatswesen drohte, wenn es die feudalen Reste nicht hinwegsetzte. Dies, zum Beispiel die Bauernbefreiung, konnte sich in solchen Staaten durch Reformen von oben ebenso rasch mit einem Schläge für das ganze Land vollziehen wie auf dem Wege der Revolution. Die reformistische Methode unterschied sich von der revolutionären nicht dadurch, daß die eine nur langsam Schritt für Schritt vorwärts gehen konnte, indes die andere mit einem Male die ganze Umwandlung vollzog. Unter Umständen mochte die Befreiung der Bauern durch eine absolute Regierung, zum Beispiel 1861 in Rußland, ebenso mit einem Schläge vor sich gehen wie das Werk der Revolution, das zu seiner Vollendung auch in der Französischen Revolution einige Jahre erheißte.

Der notwendige fundamentale Unterschied zwischen der reformistischen und der revolutionären Methode liegt da anderswo: nicht in der Raschheit und Uniformität, sondern in der Rücksichtslosigkeit.

Die Reform geht nicht von einer Änderung der Machtverhältnisse der Klassen aus. Die feudale Aristokratie, die aus den Feudallasten Nutzen zieht, behält ihren Einfluß auf die Regierung, die die Reform vollzieht. Daher wird diese in einer Weise durchgeführt, die den großen Grundbesitz nicht schädigt, sondern ihm Vorteil bringt. Der Bauer muß seine Befreiung bezahlen, teuer bezahlen, entweder mit barem Geld oder mit Grund und Boden, den er dem Grundherrn abtritt. Dessen Besitz wird vergrößert, und gleichzeitig bekommt er Geld in die Hand, um Inventar zu kaufen und Löhne zu zahlen und so einen modernen, rationellen Großbetrieb zu schaffen. Leider macht er von diesen Möglichkeiten nicht genügend Gebrauch. Bequemer ist es, den von den Bauern erlangten Boden an diese teuer zu verpachten und die Pachtgelder samt den Roskaufsummen in der Hauptstadt des eigenen Landes oder im Ausland zu verjubeln. Die Befreiung durch die Reform bildet daher eine schwere Belastung des Bauern,

während die Befreiung durch die Revolution seine Lage sofort verbessert.

Durch die Reform wird der Gegensatz zwischen den Bauern und dem Großgrundbesitzer auch nicht überwunden. Er nimmt bloß neue Formen an, erhält sich aber noch jahrzehntelang. In Rußland bildete er noch ein der stärksten Triebfedern der Revolution von 1917.

b) Die proletarische ökonomische Revolution.

Wie politische wurde auch die ökonomische Revolution des Proletariats von seinen revolutionären Vertretern in der Regel ganz nach dem Muster der bürgerlichen aufgefaßt. Dahingehende Äußerungen der Genossin Luxemburg in ihrer Schrift über „Die russische Revolution“ haben wir bereits zitiert. Sie machte, und darin ist sie echte Volkswissint, keinen Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution. Was sie an jener beobachtet, das gilt ihr für jede große Revolution überhaupt.

Aber wir haben schon gesehen, daß sich beide Arten Revolution dadurch unterscheiden, daß die bürgerliche ihren Ausgangspunkt im Absolutismus hat, die proletarische in der Demokratie. Daß jene des gewalttätigen Kampfes, des Bürgerkriegs, notwendigerweise bedarf, um zu ihrem Ziele zu gelangen, während für die proletarische Revolution der Bürgerkrieg eine Abnormität darstellt.

Die proletarische Revolution kann sich friedlich, in voller Geseßlichkeit, ohne Gewalttat vollziehen, und die ökonomische proletarische Revolution wird um so eher gelingen und um so dauerhaftere Früchte tragen, je friedlicher die Bedingungen, unter denen sie vor sich geht.

Denn ihr Objekt ist ein anderes als das der bürgerlichen Revolution. Nicht ein so einfacher und unempfindlicher Organismus wie der mit der Familie zusammenfallende Kleinbetrieb, der alles, was er braucht, entweder selbst erzeugt oder doch aus nächster Nähe bezieht. Es ist ein Organismus höchst komplizierter Art, aufs äußerste empfindlich, wie alle hochentwickelten Organismen. Ein Organismus mit unendlich weit getriebener Arbeitsteilung in seinem Innern, der in engster Abhängigkeit von zahlreichen anderen wirtschaftlichen

Organismen steht, die oft über die ganze Welt zerstreut sind. Wohl ist dieser Organismus höchst anpassungsfähig, das hat uns erst kürzlich in erstaunlicher Weise der Weltkrieg und die rasche Umstellung der Großindustrie an seine Bedürfnisse gezeigt. Aber zu seiner Lebensfähigkeit bedarf er eines fundigen Organisations und Leiters.

Der primitive Kleinbetrieb braucht überhaupt keinen Organisator, denn die einzige Arbeitsteilung, die in ihm herrscht, ist die von der Natur gegebene zwischen Mann und Weib. Seine Leitung ist mit dem Familienoberhaupt von vornherein gegeben, das oft der einzige Arbeiter in einem solchen Betrieb ist. Die Sachkunde, die er braucht, erwirbt der Arbeiter als Kind schon durch Beobachtung der Älteren. Das Herkommen gibt ihm alle Kenntnisse, deren er bedarf. Einen modernen Großbetrieb zu organisieren und zu leiten, erheischt dagegen eine umfassende wissenschaftliche Vorbildung technischer wie ökonomischer Art und ein stetes Verfolgen der Entwicklung der Wissenschaft wie des Marktes. Ohne solches Wissen ist es ganz unmöglich, einen Großbetrieb gedeihlich neuen Aufgaben anzupassen. Und wie ungeheuer ist der Schaden, wenn ein Raie käppisch oder brutal es übernimmt, diesem Organismus eine Neuerung einzufügen oder gar ihn auf den Kopf zu stellen.

Beim Kleinbetrieb dagegen sind, entsprechend seinem Umfang, auch die Schäden klein, entsprechend seinem Experiment mit sich bringt. Er darf sich den Grundsatz erlauben: Probieren geht über Studieren. Für den Großbetrieb wäre dieser Grundsatz mörderisch.

Dabei kam aber der Kleinbetrieb im Stadium der bürgerlichen Revolution höchst selten in die Lage, Neuerungen probieren zu müssen. Er war eine höchst konservative Institution.

Die kapitalistische Produktionsweise ist dagegen in beständiger Umwälzung begriffen. Ununterbrochen werden bald in dem einen, bald in dem anderen Produktionszweig neue Erfindungen gemacht, die nicht nur ihn aufs tiefste beeinflussen, sondern auch andere, die mit ihm in Verbindung stehen. Ununterbrochen wächst der Verkehr und erschließt neue Märkte, neue Konsumentenschichten mit neuen Ansprüchen usw.

So unempfindlich gegen brutale Störungen, die nicht direkt Vernichtung bringen, der Kleinbetrieb, so empfindlich

der Großbetrieb. Aber andererseits, so konservativ der Kleinbetrieb, so anpassungsfähig der Großbetrieb.

Und das ist sehr gut für uns, denn die proletarische ökonomische Revolution unterscheidet sich von der bürgerlichen nicht bloß durch ihr *D b j e t* — hier Kleinbetrieb, dort Großbetrieb —, sondern auch durch ihre *A u f g a b e*.

Die bürgerliche Revolution hat an den vorherrschenden Betriebsformen, die sie vorfindet, nichts zu ändern, sie hat sie bloß von Lasten und Hemmnissen zu befreien. Die Hauptaufgabe der proletarischen ökonomischen Revolution ist die Anpassung der Betriebs- und Verkehrsformen, die sie vorfindet, an die Bedürfnisse der Arbeiterschaft in einer Weise, die sie als Produzenten wie als Konsumenten befriedigt.

Die Art, wie diese Aufgabe zu lösen, liegt nicht so klar zutage wie etwa die Aufhebung der deutlich bestimmten feudalen Lasten. Sie muß eingehend erforscht und vorbereitet werden, was Zeit erfordert, natürlich nicht die Zeit furchtvollen Börgern oder gar feindseligen Sabotierens, sondern eifriger, gewissenhafter Arbeit.

Die Lösung wird aber von vornherein unmöglich, wenn zu den in der Sache liegenden Schwierigkeiten noch Störungen und Schwankungen der Art kommen, wie sie mit der bürgerlichen Revolution notwendigerweise verbunden sind, Assignaten, Bürgerkriege, die gesichtslose Willkür einer Diktatur, die jeden festen Plan, jede Abwägung und Bestimmung der Produktionsbedingungen unmöglich machen und den ganzen Produktionsprozeß zu einem planlosen Von-der-Hand-in-den-Mund-Leben herabdrücken.

Dabei kann sich zur Not der Kleinbetrieb behaupten, dessen Produktionsmittel meist auch von heute auf morgen herzustellen sind; nicht ein moderner Großbetrieb mit Produktions- und Verkehrsmitteln, die oft Jahre zu ihrer Fertigstellung brauchen.

Es gibt Sozialisten, die es für ihre wichtigste Pflicht halten, unter allen Umständen radikal aufzutreten, mag es zweckmäßig sein oder nicht. Derartige Sozialisten lieben das Bild, daß es gelte, einen sozialen Neubau zu schaffen und daß darum das alte soziale Haus, in dem wir wohnen, abgerissen und von Grund aus beseitigt werden müsse.

Nun, das Bild mit dem Hause ist nicht sehr zutreffend, denn die Gesellschaft ist kein Gebäude, das man nach einem bestimmten Plan aufbaut. Sie ist eher einem Organismus zu vergleichen, der wächst und sich entwickelt. Wollen wir aber trotzdem das Bild vom Hause festhalten, dann darf man eines nicht vergessen: der Platz, auf dem das alte Haus steht, ist der einzige, auf dem wir wohnen, produzieren, leben können. Wo sollen wir bleiben in der Zwischenzeit, nachdem das alte Haus abgebrochen wurde und bevor das neue gebaut ist?

Will man das Bild vom Hause gebrauchen, dann zeigt es sich, daß wir zum neuen Gebäude nur durch einen Umbau des alten kommen, einem Umbau, der sich vollziehen muß, während wir fortfahren, in dem Hause zu wohnen. Nicht rascher und rücksichtsloser Abbruch des Alten, sondern sein sorgfältiges Studium, um es möglichst zweckmäßig als Grundlage des Neuen zu benutzen, ist die Aufgabe der proletarischen Revolution. Zu diesem Zweck hat Marx den besten Teil seines Lebens der Erforschung der kapitalistischen Produktionsweise gewidmet, was ganz überflüssig gewesen wäre, wenn wir dem Kapital gegenüber bloß die Aufgabe raschester und rücksichtslosster Vernichtung hätten.

Will man den Vergleich mit dem Hause fortsetzen, um den Unterschied zwischen den ökonomischen Aufgaben der bürgerlichen und der proletarischen Revolution zu kennzeichnen, dann kann man sagen, daß die bürgerliche wohl politisch, nicht aber ökonomisch einen Neubau zu errichten hatte. Sie hatte das Haus nicht neu zu gestalten, in dem die Gesellschaft wirtschaftete. Aber eine schwere Schneelast hatte sich auf seinem Dach angesammelt, die es zu erdrücken und den ganzen Bau zu zerstören drohte. Da galt es, die zum Dach führenden versperren Türen gewaltsam zu sprengen, um dann sofort mit aller Energie die ganzen angehäuften Schneemassen auf die Straße zu werfen.

c) Konfiskation oder Entschädigung.

Mit der ökonomischen Revolution steht es also gerade umgekehrt wie mit der politischen. Die politische bürgerliche Revolution hatte weit größere Hemmnisse zu überwinden, weit schwerere Aufgaben zu lösen, als heute in der Demokratie

mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat verbunden sind. Zene hatte die Machtmittel des Absolutismus gewaltsam niederzuwerfen und ein völlig neues Staatswesen zu schaffen. Diese findet den durch die bürgerliche Revolution und die ihr folgende Entwicklung gebildeten demokratischen Staat in der Regel schon weit genug entwickelt vor, um ihn zum Werkzeug der Befreiung des Proletariats zu machen, sobald es die nötige Kraft erlangt hat.

Umgekehrt dagegen hatte die bürgerliche ökonomische Revolution zunächst nur ökonomische Kasten und Hemmnisse zu beseitigen, keine neuen ökonomischen Organisationsformen zu schaffen. Die proletarische Revolution dagegen hat aus den zerstreuten Bausteinen von Großbetrieben, die ihr der Kapitalismus liefert, einen gewaltigen sozialen Neubau zu errichten, einen Neubau auf demselben Boden, auf dem der Bau der alten Produktionsweise steht.

Aber damit sind die Schwierigkeiten des sozialistischen Neubaus noch nicht erschöpfend gekennzeichnet.

Die bürgerliche Revolution hatte es auch darin leichter, daß die feudalen und zünftigen Formen bereits allenthalben seit langem völlig überflüssig, ja schädlich geworden waren. Man konnte sie in jedem Produktionszweig eines zur Revolution reifen Landes ohne Unterschied mit einem Male aufheben.

Die kapitalistische Produktionsweise hat sich seit dem Falle des Feudalismus nur schrittweise und nicht auf allen Gebieten des ökonomischen Lebens gleichmäßig entwickelt. Wir finden Gebiete, in denen der private Betrieb zum Monopol geworden ist und nach Sozialisierung schreit, und wieder andere, in denen an sofortige Aufhebung des privaten Betriebs noch gar nicht gedacht werden kann.

Darüber sind alle Sozialisten einig, die sich in den letzten Jahren mit den Problemen der Sozialisierung beschäftigt haben, daß sie nur schrittweise vor sich gehen kann, daß noch auf Jahrzehnte hinaus ein erheblicher Teil unserer Produktion kapitalistisch zu betreiben ist.

Daraus erhebt das große und schwierige Problem: sozialistische Produktion und gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln herbeizuführen und gleichzeitig die kapitalistische Produktion fortbestehen, ja gedeihen zu lassen.

Dem nichts irriger als der Glaube, es sei die Aufgabe des siegreichen Proletariats, sobald es zur Macht kommt, sofort den Kapitalismus nach Möglichkeit zum Stillstand zu bringen. Damit schädigt das Proletariat nicht nur die Kapitalisten, sondern auch sich selbst. Denn ohne Fortgang der Produktion geht die ganze Gesellschaft zugrunde, die Proletarier inbegriffen. Wo und solange nicht sozialistisch produziert werden kann, ist der Fortgang der kapitalistischen Produktion ein dringendes Bedürfnis auch für das Proletariat. So schroff sich die Interessen des Kapitals und der Arbeit gegenüberstehen, so haben sie doch das miteinander gemein, daß beide am besten gedeihen bei raschem Umsatz und raschem Anwachsen des Kapitals. In Zeiten der Prosperität wachsen Löhne wie Profite. In Zeiten der Krise sinken beide.

Das siegreiche Proletariat hat daher alle Ursache, nicht nur den Fortbestand kapitalistischer Produktion auf allen Gebieten zu ermöglichen, auf denen nicht sofortige Sozialisierung angezeigt ist, sondern es muß auch verhüten, daß die Sozialisierung ökonomische Krisen auslöst. Es muß trachten, daß nach wie vor in den kapitalistischen Betrieben die Produktion flott weitergeht.

Deren Fortgang ist aber nicht allein durch Arbeiter bedroht, die vermeinen, ihr Sieg bedeute sofortiges Aufhören jeder Arbeit für die Kapitalisten, sie ist auch, ja noch mehr bedroht von Seite der Kapitalisten selbst, denen die Herrschaft des Proletariats natürlich ein Dorn im Auge ist.

Wenn wir von der Demokratie erwarten, daß sie dem Proletariat erlaubt, ohne brutale Gewalt die Macht zu ergreifen, sobald es genügend erstarkt ist, und daß sie der Bourgeoisie die Möglichkeiten gewaltamen Widerstands nimmt, so ist damit nicht gesagt, daß die Kapitalisten sich willenlos beugen und nicht jede mögliche Form des Widerstands versuchen werden. Sie werden die der Demokratie entsprechenden Formen des Widerstands, die sie heute schon ausgiebig üben, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zur Anwendung bringen — Korruption, Irreführung, Spaltung. Die Reize des Proletariats hat sich darin zu bewähren, daß diese Methoden des Widerstands gegen seine Macht wirkungslos an ihm abprallen.

Aber das Kapital verfügt noch über ein anderes Machtmittel, das dem entscheidenden des Proletariats entspricht: den Streik. Wie der Arbeiter, kann auch der Kapitalist seinen Betrieb stilllegen und dadurch einen Druck auf die Gesellschaft ausüben. Nur schädigt er dadurch ebenso wie der Arbeiter ökonomisch sich selbst. Und gar eine dauernde Einstellung des Betriebs bedeutet für ihn völligen Ruin.

Trotzdem wäre es möglich, daß die Kapitalisten in Masse auch zu diesem letzten verzweifelten Mittel griffen, wenn das Proletarierregime dazu überginge, die Betriebe, die es in gesellschaftlichen Besitz überführen will, einfach zu konfiszieren, sie ihren Besitzern ohne Entschädigung wegzunehmen.

Wozu sollten da die anderen Kapitalisten ihre Betriebe weiterführen, wenn ihnen morgen das gleiche Schicksal droht? Jede Hemmung verschwindet, die sie davon abhalten könnte, das verhasste sozialistische Regime durch eine plötzliche Krise allgemeiner Arbeitslosigkeit und allgemeinen Hungers zum Zusammenbrechen zu bringen.

Der bolschewistisch gerichtete Sozialist wird in diesem Falle zu dem Mittel greifen, mit dem er auch sonst stets zur Hand ist, um eine Schwierigkeit aus dem Wege zu räumen: zur Gewalt.

Zunächst könnte man ganz einfach jeden Kapitalisten, der den Betrieb einstellt, mit dessen Konfiskation bestrafen. Das würde nicht tiefen Eindruck machen, wenn die Konfiskation das Los ist, das früher oder später jedem kapitalistischen Unternehmen droht. Und sie könnte nur dann helfen, wenn bloß einige Kapitalisten zum Kampfmittel der Betriebseinstellung griffen. Denen könnte man ihre Unternehmungen konfiszieren, um sie an andere Unternehmer zu verkaufen oder zu verpachten, die sich verpflichten würden, sie weiter zu betreiben. Allerdings ist es fraglich, ob solche Kühne Leute zu finden wären, die sich entschließen, Geld in einen Betrieb zu stecken, der ihnen nach wenigen Jahren doch wieder ohne Entschädigung genommen werden soll.

Auf jeden Fall würde das Mittel der strafweisen Konfiskation vollständig verfallen bei einem Streik der ganzen oder auch nur eines erheblichen Bruchteils der Kapitalistenklasse. Die sozialistische Regierung hätte bald viele Tausende ban-

frotter Unternehmungen auf dem Fasse, die zu betreiben ihr jeder Apparat fehlen würde — denn was zur Sozialisierung reif ist, wurde ja nach unserer Voraussetzung bereits sozialisiert. Der völlige ökonomische Zusammenbruch des neuen proletarischen Regimes wäre die Folge.

Nun meint freilich der bolschewistisch gerichtete Genosse, das wäre nur eine Folge der Schwächlichkeit der herrschenden Sozialisten. Sie müßten noch weitergehen, wenn die Drohung mit sofortiger Konfiskation nichts hilft, und jeden widerspenstigen Kapitalisten einfach bei Androhung der Todesstrafe zwingen, seinen Betrieb weiterzuführen.

Leider ist jedoch die Zwangsarbeit eine höchst unvollkommene Form der Arbeit. Sie versagt um so mehr, je empfindlicher die Instrumente und Organisationen der Produktion.

Diese Erfahrung hat der Sowjetstaat schon mit den einfachen Arten der Arbeit gemacht und dann erst recht mit den Arbeiten der Intellektuellen; trotzdem Lenin sich, wie wir gesehen haben, schmeichelte, die Ingenieure, Agronomen usw. würden sich den bewaffneten Arbeitern weit eher fügen als den Kapitalisten und weit besser arbeiten, mußte er bald die Erfahrung machen, daß die Spitze des Bajonetts doch nicht die richtige Anstachelung zur Arbeit ist.

Und nun sollen gar die kapitalistischen Funktionen terroristisch erzwungen werden. Die akute Krise durch plötzliche Einstellung des ganzen kapitalistischen Produktionsprozesses könnte man dadurch allerdings vielleicht vermeiden, aber nur, um eine nicht minder gefährliche schleichende Krise und den unaufhaltbaren Verfall der Produktion an deren Stelle zu setzen. Notgardisten mögen jeden Tag den Kapitalisten in sein Bureau bringen, aber werden sie auch dafür sorgen, daß in der Fabrik fleißig und zweckmäßig gearbeitet wird? Werden sie die Geschäftskorrespondenz überwachen und dafür sorgen, daß immer genügend Kohle und Rohstoffe vorhanden sind, die Maschinen instand gehalten werden, die Schuldner rechtzeitig zahlen usw.?

Das ginge wohl, wenn zu den kapitalistischen Funktionen wirklich nur Lesen, Schreiben und Rechnen gehörte und sie nur im Registrieren und Kontrollieren der Arbeit beständen. Aber heute weiß auch Lenin das schon besser und sucht nach

anderen Methoden, die Kapitalisten zum Funktionieren zu bringen, als denen des Zwanges.

Und der Kapitalist hat nicht bloß die Aufgabe, seinen Betrieb in Gang zu halten. Ihm obliegt auch die historisch äußerst wichtige Funktion der *Akkumulation* von Kapital, der steten Verbesserung und Erweiterung des Betriebs. Soll das auch zwangsweise geschehen?

Die größte und auf die Dauer einzig wirksame ökonomische Triebkraft ist das *Interesse* — sei es ein persönliches oder ein korporatives —, nicht der *Zwang*.

Will ein proletarisches Regime den Sabotierungsversuchen jener Kapitalisten, die es noch braucht, erfolgreich entgegenwirken, dann muß es ihnen ein Interesse am ununterbrochenen Fortgang und an steter Verbesserung ihrer Betriebe einflößen.

Das ist unmöglich, wenn man jeden Betrieb, der sozialisiert wird, *konfiszieren* will. Es ist nur zu erreichen, wenn man ihn gegen eine billige Entschädigung ablöst, sobald man daran geht, ihn zu sozialisieren. Das heißt, diese Entschädigung sollte eine Belohnung sein für diejenigen, die ihre Betriebe auf der Höhe der Zeit gehalten und mit gutem geschäftlichen Erfolg geleitet haben. Sie sollte nicht gezahlt werden für veraltete, vernachlässigte, heruntergewirtschaftete Betriebe, die sich in der Regel nur dadurch über Wasser halten, daß sie ihre Arbeiter maßlos schinden und ausbeuten.

Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die große Aufgabe zu lösen, gleichzeitig an die Sozialisierung des Produktionsprozesses dort, wo sie bereits möglich ist, heranzugehen und die Fortführung und kraftvolle Entwicklung der Produktion auf kapitalistischer Basis dort zu sichern, wo die Bedingungen für eine Sozialisierung noch nicht gegeben sind.

Je mehr ökonomische Erschütterungen man dabei vermeidet, je mehr man durch gütliche Verständigung erreicht, je weniger man auf zwangsmäßige Enteignung, wenn auch mit Entschädigung, dabei angewiesen ist, um so besser. Das hängt freilich nicht von unserem Belieben ab, sondern von der Einsicht auf beiden Seiten sowie von dem Kräfteverhältnis der Parteien. Je überwältigender die Macht des Proletariats, desto eher werden die Herren Kapitalisten mit sich reden lassen. Diese Macht wieder wird um so überwältigender sein, je mehr es

das sozialistische Regime versteht, die sozialistische Produktion erfolgreich zu gestalten. Die Propaganda des Anschauungsunterrichts wird die wirksamste sein.

In ihren Anfängen wird also die Sozialisierung die größten Widerstände finden — diese werden mit ihrem Fortschreiten abnehmen, allerdings vorausgesetzt, daß sie von Anfang an wohlüberlegt und rationell vorgenommen wird. Das russische Beispiel hat durch seine Ergebnisse gerade nicht die Werbekraft des Gedankens der Sozialisierung gefördert.

Wenn aber die Kapitalisten vollumfänglich entschädigt werden, wozu dann die ganze Mühe? wird mancher fragen. Die Entschädigung der expropriierten Kapitalisten wird wohl am besten in der Weise geschehen müssen, daß man ihnen Staatsschuldverschreibungen gibt, deren Verzinsung der Masse des bisherigen Profits der sozialisierten Unternehmer entspricht. Man könnte sie ja auch in bar bezahlen aus dem Ertrag einer Anleihe, die der Staat auflegt. Stets würde der Staat zur Verzinsung der ausgegebenen Schuldscheine so viel aus dem Erträgnis der sozialisierten Unternehmen herausnehmen müssen, als sie früher Profite abwarfen. Anscheinend hätte sich also an der Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital nichts geändert. Nur hätte jetzt der Staat das Geschäft der Ausbeutung für die Kapitalisten zu besorgen, das sie ehemals selbst direkt betrieben. Das ist richtig. Aber dem ist folgendes entgegenzuhalten:

Einmal ginge es nicht an, den Lohn ihrer Arbeiter selbst gleich rückichtslosster Konfiskation der zu sozialisierenden Werte um den Betrag des Profits, den diese Betriebe abwerfen, zu erhöhen. Das hieße denjenigen, die der Zufall gerade in solche Unternehmungen veretzt hat, eine Prämie bezahlen, die sie durch nichts verdient haben. Oder sollte man aus diesen Arbeitern eine Arbeiteraristokratie machen, die sich über jene erhebt, deren das Geschick so mißgünstig war, sie Verufen zuzuführen, die noch nicht zur Sozialisierung reif sind?

Und wie wollte man die Überflutung der so begünstigten Betriebe mit Arbeitskräften verhindern? Sollten die bisherigen Arbeiter und ihre Nachkommen etwa ein gesetzliches Vorkaufsrecht auf ihre Arbeitsstellen bekommen, so daß sie eine Arbeiteraristokratie bilden?

Die sozialisierten Betriebe sollen natürlich Musterbetriebe sein und in der Besserung der Arbeitsverhältnisse der Privatindustrie führend vorangehen, sie sollen aber ihre Arbeiter nicht ständig über die anderen Arbeiter hinausheben.

Nun wird man einwenden, daß die Arbeiter der sozialisierten Betriebe auch gar nicht verlangten, daß deren Profite ihnen allein zugute kommen sollten. Es wäre aber geboten, sie dem Gemeinwesen zuzuführen und nicht privaten Kapitalisten. Darauf ist zu bemerken, daß der Weg, den sich die Kapitalistenklasse aneignet, nach Möglichkeit in den Dienst des Gemeinwesens zu stellen, der der Besteuerung der großen Einkommen, Vermögen, Erbschaften ist. Dieser Weg, der die ganze Klasse und nicht bloß einzelne zufällige Individuen trifft, bleibt unter allen Umständen, auch nach einsehender Sozialisierung, der beste. Die Sozialisierung bringt darin allerdings insofern eine erhebliche Änderung, als sich mit ihrem Fortschreiten das produktive, das heißt in Produktionsunternehmungen angelegte Kapital vermindert und das bloße Renteneinkommen vermehrt. Dieses letztere ist aber nicht nur für die Besteuerung leichter zu erfassen; deren Ausmaß kann auch eher ohne jede Gefahr für den Fortgang der Produktion außerordentlich hoch geschränkt werden.

Will man also den Betrag der Zinsen für die Entschädigungen der expropriierten Kapitalisten dem Gemeinwesen zuführen, dann sucht man ihn durch Besteuerung der Gesamtheit der Kapitalistenklasse aufzubringen. Das wird ökonomisch rationeller und für unser sittliches Empfinden auch gerechter sein als die Plünderung einiger Kapitalisten, die uns gerade in den Weg kommen, wodurch wir das ganze ökonomische Leben aufs tiefste hemmen und gefährden.

Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die Sozialisierung den Arbeitern nicht wirkliche und erhebliche Vorteile bringt. Nur liegen sie auf anderem Gebiet als dem sofortiger Lohnerhöhung. Wir haben gesehen, daß im Kampfe des Proletariats gegen das Kapital, der in seinen Anfängen ausschließlich ein Kampf gegen das Elend war, dieses Motiv immer mehr zurücktritt. Er wird immer mehr ein Kampf um Macht und um Freiheit. Der Verlust ihrer Macht wird es auch vor allem

sein, was die Kapitalisten zu Feinden der Sozialisierung machen wird, selbst dann, wenn sie ausreichend entschädigt werden. Es wäre verkehrt, zu erwarten, daß man sich damit den guten Willen der Kapitalisten kaufen könne. Ihr böser Wille wird bleiben, wir werden ihn abzuwehren haben. Aber er wird sich nicht in so ökonomisch verheerenden Formen wie der Sabotierung der Produktion zeigen. Dagegen spricht dann zu sehr ihr ökonomisches Interesse.

In den sozialisierten Betrieben herrscht nicht mehr die Autokratie des Besitzers. Wie jede Organisation müssen auch sie eine leitende Spitze haben, aber diese ist nicht unabhängig von der Arbeiterschaft, sondern von dieser beauftragt — zum Teil durch den Staat, den nun die Gesamtheit der Arbeiter beherrscht, die schließlich identisch wird mit der Gesamtheit der Gesellschaft, der „Konsumenten“. Und zum Teil von den Arbeitern des Produktionszweigs und des einzelnen Betriebs selbst, den „Produzenten“.

Man sollte meinen, das allein sei schon ein so riesenhafter Fortschritt, daß er den Kampf der Arbeiterschaft lohne, auch wenn deren Sieg nicht sofort zu Lohnerhöhungen führt. Man erinnere sich des bitteren Wortes, die letzte deutsche Revolution sei im Grunde nur eine rabiate Lohnbewegung gewesen.

Damit soll jedoch nicht das Streben der Arbeiter nach Erhöhung ihres Lohnes herabgesetzt werden. Ist auch der proletarische Klassenkampf nicht mehr ausschließlich ein Kampf gegen das Elend, so ist die Masse des äußersten physischen Elends in der Gesellschaft noch gewaltig. Und von den wenigsten Arbeitern, selbst den bestbezahlten, wird man sagen können, ihr Lohn reiche aus, ihnen ausgiebige Teilnahme an der errungenen Kulturhöhe zu ermöglichen. Der Sozialismus wäre eine Halbheit, wenn er den Massen nur größere Demokratie im Betrieb und nicht auch vermehrten Wohlstand und höhere Kultur brächte. Der Sozialismus wird das eine wie das andere bewirken, aber nicht beides in gleichem Tempo. Die Demokratisierung des Betriebs muß vorangehen. Während sie sich, leistet sie ökonomisch, was wir von ihr erwarten, dann muß die Vermehrung des Wohlstandes folgen.

Denn die zweite große Folge der Sozialisierung besteht darin: Wir haben gesehen, daß unter kapitalistischer Produ-

tion jegliche Erhöhung der Produktivität der Arbeit fast ausschließlich den Besitzern der Produktionsmittel zufällt. Das hört auf mit der Sozialisierung, dem Übergang des Eigentums an den Produktionsmitteln in Gemeineigentum. Jeder technische Fortschritt, jede Verbesserung der Methoden und der Organisation der Arbeit, jede Ausdehnung der Produktion kommt von da an ausschließlich dem neuen Besitzer der Produktionsmittel, der Gesellschaft, den Arbeitern, zugute. War bisher der ökonomische Aufstieg des Proletariats bloß ein Ergebnis seines Kampfes und immer wieder durch neue technische Errungenschaften, Organisationsformen und Methoden bedroht, so wird von nun an sein ökonomischer Aufstieg die kampflose, automatische Folge aller dieser Neuerungen, die sich fortan aus seinen gefährlichsten Feinden in seine besten Freunde verwandeln.

Diese der bisherigen ganz entgegengesetzte neue Entwicklungsrichtung der Gesellschaft muß, sobald sie einmal fühlbar wird, aufs äußerste beglückend wirken. Sie ist die zweite große Errungenschaft der Sozialisierung, die gewaltig genug ist, jeden, der sie erkannt hat, zum heftigsten und hingebendsten Kampfe für sie anzuspornen, auch wenn sie nicht sofortige ausgiebige Lohnerhöhungen bringt.

Mit dem Wachstum des Kapitals wuchs bisher oft auch noch der Grad, stets die Masse der Ausbeutung, die es übte. In den sozialisierten Produktionszweigen hat dieses Wachstum ein Ende. Es wächst die Menge ihres Produkts, nicht aber die Masse des Profits, die den entschädigten Kapitalisten zuließt, sie ist ein für allemal festgesetzt. Der Grad der Ausbeutung hat nun die Tendenz, bei wachsender Produktivität der Arbeit zu sinken. Die den Kapitalisten gezahlten Zinsen werden von nun an einen immer geringeren Teil des Gesamtprodukts bilden.

Das Gemeinwesen hat es aber in der Hand, die Masse der Zinsen, die es den entschädigten Kapitalisten zahlt, von Zeit zu Zeit auch absolut zu verringern entweder durch Rückkauf eines Teils der Staatsschuldverschreibungen oder sonstige Methoden der Tilgung von Staatsschulden oder durch ihre Konvertierung bei fallendem Zinsfuß.

So wird die kapitalistische Ausbeutung zusehends abnehmen, bis sie ganz verschwunden sein wird.

War manchem Sozialisten wird das hier Ausgeführte sehr anstößig vorkommen. In der Tat, wenn man bloß nach der Massenpsychologie ginge, müßten Bourgeoisie und Proletariat ihren Revolutionen einen Charakter geben, der gerade das Gegenteil ihres wirklichen wäre. Der Bourgeois als Besitzer der hat Respekt vor dem Eigentum; er hat viel zu verlieren, ist daher vorsichtig und zu Kompromissen geneigt. Und gerade seine Revolution fürmte gewaltfam daher, entlud sich in Bürgerkriegen und Konfiskationen.

Umgekehrt der Proletarier. Als Besitzloser ist er nicht erpicht auf Schonung des Eigentums der großen Ausbeuter. Er hat wenig zu verlieren und viel zu gewinnen, und seine Lage ist so traurig, daß er ungeduldig und ungestüm nach ihrer raschesten Besserung strebt. Und doch hat gerade seine Revolution am meisten Aussicht, sich friedlich zu vollziehen, ohne Gewalttaten, schrittweise, vorsichtig jeden Schritt vorbereitend unter Schonung des kapitalistischen Eigentums.

Das widerspricht so sehr den psychischen Bedürfnissen des Proletariats, daß jeder, der der Revolution den gegenteiligen Charakter geben will, leicht in proletarischen Versammlungen großen Beifall ernten wird. Aber leider entscheidet in der Geschichte nicht der psychische Drang, das Bedürfnis allein. Sicher vollzieht sich kein bewußtes menschliches Handeln, ohne daß es vorher gewollt wurde. Ohne Willen keine Tat. Aber der Erfolg des Wollens hängt von materiellen Bedingungen ab, deren Mißachtung sich um so schwerer rächt, je energischer das Wollen. Wer mit dem Kopfe durch die Wand will, wird sich den Schädel um so stärker einschlagen, je entschiedener sein Wille, auf diese Weise die Wand zu durchdringen.

Das ökonomisch Notwendige entscheidet in der Geschichte, und unser Wille wird uns nur dann zum Siege führen, wenn er sich das ökonomisch Notwendige zum Ziele setzt.

Die russische Revolution entsprach dem psychischen Bedürfnis des Proletariats sicher viel mehr als die hier dargelegte Methode der proletarischen Revolution. Aber was ist dabei herausgekommen? Lenin verkündet triumphierend: Ich habe den Kapitalismus rücksichtslos zu Boden geschmettert. Aber er läßt mich nicht los, und nun liegen wir beide zerstückt da, und soll ich wieder in die Lage kommen, meine Glieder

rühren zu können, muß ich vor allem ihm wieder auf die Beine helfen.

Studieren wir weniger unsere Gefühle und den Beifall erregter Volksversammlungen und studieren wir mehr das ökonomische Getriebe und dessen Geseße. Das ist mühevoller und oft sehr unpopulär. Aber es ist der einzige Weg, die proletarische Revolution zum Siege zu führen.

5. Die Planwirtschaft.

Die Schaffung sozialistischer Organisation ist also kein so einfacher Prozeß, wie wir in früheren Zeiten annahmen, als das Problem uns noch nicht so greifbar nahe gerückt war. Wie diese Organisation aussehen und wie sie herbeigeführt werden soll, das ist die Frage, die die Theoretiker und auch die weitersehenden Praktiker des Sozialismus jetzt am meisten beschäftigt und die in den letzten Jahren bereits eine ganze Literatur hervorgebracht hat, am meisten in Deutschland und dem ihm so nahestehenden Österreich sowie in England, also gerade in jenen Ländern, in denen die Vorbedingungen für den Sozialismus am meisten gegeben sind und die am ehesten berufen sein dürften, führend auf diesem Gebiet voranzugehen. Vielfach nimmt diese neue Literatur wieder utopische Züge an, doch ist dies nicht notwendigerweise der Fall. Sie hat allerdings mit dem Utopismus die gleiche Aufgabe gemein, ein Bild sozialistischer Produktion zu geben, aber sie hat dabei weit festeren Boden unter den Füßen als die alten Utopisten, die noch rein spekulativ arbeiteten. Und dann stehen wir heute dank Marx auf dem Boden des Entwicklungsgedankens. Wir danken nicht mehr noch einer vollkommenen Gesellschaft, die jede weitere Entwicklung überflüssig macht, sondern nur noch einer Lösung der bestimmten Probleme, die der Kapitalismus uns stellt. Der utopistische Zug in der Sozialisierungsliteratur wird zumeist durch Nichtmarxisten in sie hineingebracht, die erst seit der Revolution ihr proletarisches Empfinden entdeckten.

Vielfach wird uns der Vorwurf gemacht, wir hätten mit unseren Untersuchungen früher kommen sollen, dann wäre die Revolution anders ausgefallen. Aber ich habe schon oben bemerkt, daß wir ohne die Erfahrungen der Revolution die Frage gar nicht mit der nötigen Bestimmtheit hätten erörtern können.

Wir konnten ja gar nicht voraussehen, wann und unter welchen Umständen wir ans Ruder kommen.

Tatsächlich ist auch nichts veräuert. In Deutschland hatten wir wohl im Winter 1918/19 einige Monate lang eine rein sozialistische Regierung. Aber das deutsche Proletariat erwies seine Unreife in jenem Moment dadurch, daß es nichts Gemeinsames zu tun wollte, als sich untereinander zu zerfleischen. Wir hatten drei sozialistische Parteien, Mehrheitsler, Unabhängige und Kommunisten, die einander tödend bekämpften. Die ersteren umfaßten, ihrem Namen entsprechend, die große Mehrheit des deutschen Proletariats. Aber der Hauptstadt fällt in revolutionären Zeiten in einem modernen Staat immer eine entscheidende Rolle zu, und in Berlin überwogen Unabhängige und Kommunisten. Und nicht genug an diesem Durcheinander, waren überdies noch sowohl Kommunisten wie Unabhängige unter sich gespalten — bei den einen fand Rosa Luxemburg, bei den anderen Hugo Saase eine starke Opposition. Immerhin waren die Kommunisten insofern einig, als sie außerhalb der sozialistischen Regierung blieben und sie bekämpften. Die Unabhängigen aber boten das tragikomische, in der Geschichte wohl einzig dastehende Bild einer Partei, deren rechter Flügel in der Regierung drinsitzt, indes ihr linker Flügel sich bemüht, diese zu stürzen.

Daß einem derartigen Proletariat die Kraft sowohl wie die Fähigkeit fehlte, erfolgreich zu sozialisieren, wird wohl kein Unbefangener bestreiten wollen.

Zu dieser politischen Schwierigkeit gesellten sich noch die ökonomischen, die aus der Niederlage, dem Zusammenbruch, dem wahnsinnigen Versailler Frieden entstanden. Nicht aus dem verkommenen, stagnierenden, sondern aus dem zur höchsten Produktivität entfalteten Kapitalismus kann der Sozialismus hervorgehen.

Erst wenn die durch die Revolution den sozialistischen Parteien neu zugetriebenen, politisch noch analphabetischen Massen sich eine höhere Schulung und Disziplin angeeignet haben; wenn die Illusionen und der Gewaltkultus des Kommunismus durch ökonomische Einsicht ersetzt sind; wenn die Sozialisten wieder in einer geschlossenen Partei vereinigt sind und die schlimmsten Folgen des Krieges und des Friedensvertrags

überwunden und der Produktionsprozeß wieder flott im Gang ist, erst dann wird die Zeit zu erfolgreicher Sozialisierung da sein. Ich nehme an, daß sie für England früher kommt als für Deutschland.

Alle die Untersuchungen und vereinzelt Versuche, die jetzt auf dem Gebiet der Sozialisierung angestellt werden, haben vor allem die Aufgabe der Vorbereitung der Geister auf den Zeitpunkt, in dem das Proletariat die politische Macht gewinnt und damit die Kraft, entschieden das Werk der Sozialisierung in großem Maßstab in die Hand zu nehmen. Je mehr theoretische Überlegungen und praktische Erfahrungen wir bis dahin gesammelt haben, um so sicherer und rascher werden wir dann vorwärtsmarschieren können.

Es ist also keineswegs zu spät, wohl aber die höchste Zeit für alle führenden Geister des Sozialismus, sich mit aller Macht diesem Gegenstand zuzuwenden. Der erste Rang wird dabei denjenigen zufallen, deren organisatorische Begabung eine hervorragende ist, oder, richtiger gesagt, jenen, die mit solcher Begabung auch großen theoretischen Sinn und theoretisches Wissen verbinden. Unter uns Allen ist jene Verbindung selten — ich muß für mich persönlich gestehen, daß mir jeztliche organisatorische Begabung fehlt —, ich muß mich daher im folgenden auf einige Andeutungen beschränken, obwohl wir hier zum Kernpunkt unserer historischen Aufgabe in den nächsten Jahrzehnten gelangt sind.

So jung die Sozialisierungsliteratur ist, wir können in ihr bereits verschiedene Richtungen konstatieren.

Vor allem treten zwei Auffassungen auf in der für uns, solange wir noch vor den Anfängen stehen, entscheidenden Frage: *Womit sollen wir anfangen?*

Die Sozialisierung kann nicht mit einem Schlage vor sich gehen, sie muß sich schrittweise vollziehen. Darin sind wir alle einig. Nicht aber in der Beantwortung der Frage: Auf welchem Gebiet sollen wir beginnen?

Der Vorgang der kapitalistischen Gesamtwirtschaft zerfällt in zwei verschiedene Vorgänge: die Produktion der Ware und ihre Zirkulation, ihr Kaufen und Verkaufen. Natürlich sind beide Vorgänge eng miteinander verbunden und voneinander nicht zu trennen.

Die eine Richtung will beim Produktionsprozeß beginnen, die andere beim Zirkulationsprozeß.

Die zweite will zunächst das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln nicht antasten. Der einzelne Kapitalist kann — manche sagen sogar soll — Besitzer und Leiter seines Betriebs bleiben. Aber es bleibt nicht ihm überlassen, zu entscheiden, was er zu Markte bringen, also produzieren soll.

Die Gesamtheit der Produktivkräfte im Staate soll statistisch erfaßt werden, ebenso die Gesamtheit des Konjums und daraufhin ein Wirtschaftsplan ausgearbeitet werden, dem jeder Betrieb einzufügen ist und an den er sich zu halten hat. Die Produktion soll oder kann doch fortfahren, Privatproduktion zu sein, aber es soll nicht mehr der Profit sein, der entscheidet, was und wieviel der einzelne Produzent produziert und auf den Markt bringt — oder an den Staat abgibt —, sondern der Bedarf der Gesellschaft. An Stelle der Profitwirtschaft soll die Bedarfsdeckungswirtschaft treten.

Die Preise werden nicht auf dem Markte durch Nachfrage und Angebot, sondern durch Berechnung der Produktionskosten festgestellt. Die einzelnen Unternehmungen eines jeden Industriezweigs werden in Zwangssyndikaten zusammengefaßt, in denen neben den Unternehmern auch die Arbeiter und Konjumenten eine Stimme haben sollen.

Das ist in kurzen Umrissen das Gemeinsame der Vorschläge einer Planwirtschaft, wie sie zum Beispiel von Wissell und Neurath vorgebracht wurden. (Rudolf Wissell und Alfred Striemer, *Ohne Planwirtschaft kein Aufbau*. Stuttgart 1921. R. Wissell, *Kritik und Aufbau*. Berlin 1921. Dr. Otto Neurath, *Wesen und Weg zur Sozialisierung*. München 1919. Vergl. darüber und über die Fragen der Sozialisierung überhaupt auch die instruktive Darstellung Heinrich Ströbels über „Die Sozialisierung, ihre Wege und Voraussetzungen“. Berlin 1921.)

Diese Vorschläge sind sehr verführerlich. Innerhalb des einzelnen Großbetriebs hat der industrielle Kapitalismus bereits die Produktivität der Arbeit aufs höchste entwickelt. Es besteht keine Aussicht darauf, sie durch die Sozialisierung rasch zu steigern.

Dagegen auf dem Gebiet der Zirkulation finden wir noch die höchste Verschwendung und die schmerzhaftesten und läch-

mendsten Krisen. Setzen wir an Stelle der Planlosigkeit eine Planwirtschaft, so können wir sofort die Erträge der Wirtschaft und damit den allgemeinen Wohlstand bedeutend steigern, selbst ohne jede Verkürzung der Einnahmen des Kapitals.

Und diesem bleiben nicht bloß seine Einnahmen erhalten, sondern auch sein Eigentum an den Produktionsmitteln braucht nicht angefaßt zu werden.

Diese letztere Erwägung ist für viele Befürworter der Planwirtschaft wohl sehr maßgebend geworden. Allerdings schließt die Planwirtschaft die Enteignung der Kapitalisten keineswegs aus. Die meisten Anhänger der Planwirtschaft wollen das eine wie das andere; nur halten sie es für notwendig, mit der Planwirtschaft zu beginnen, weil sie eher durchzuführen und durchzusetzen sei. Aber es gibt auch Befürworter der Planwirtschaft, die es für möglich halten, daß ihre Vorteile genügend groß seien, um das Proletariat befriedigen zu können, so daß es auf die andere Art der Sozialisierung ganz verzichten würde.

Das letztere ist in Wirklichkeit ausgeschlossen.

Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit innerhalb des Betriebs wird durch steigende Besserstellung der Arbeiter nicht vermindert, er ändert bloß seinen Charakter. Der Kampf des Proletariats wird dann immer mehr, wie schon mehrfach bemerkt, ein Kampf um Freiheit und Macht, je weniger er ein Kampf ums bloße Brot ist.

Ist aber auf der anderen Seite zu erwarten, daß die Kapitalisten sich mit der Planwirtschaft leichter abfinden, daß sie ihr geringeren Widerstand entgegensetzen als dem mehr oder weniger zwangsweisen Abkaufen ihrer Betriebe?

Ihre Einnahmen werden in dem einen wie in dem anderen Falle nicht verringert. Mit der Abhängigsumme aber kann der Kapitalist anfangen, was er will. Er darf frei über sie verfügen. Er kann für den Er. St. wieder einen der noch nicht sozialisierten kapitalistischen Betriebe kaufen. Die Nachfrage nach solchen Betrieben mag dann wachsen, ihr Preis steigen, ihre Profitrate entsprechend sinken, aber der talentlustige Unternehmer wird imstande sein, nach wie vor sich ungehemmt zu betätigen.

In der Planwirtschaft ist dagegen dem Kapitalisten ein wichtiges Gebiet seines Wirkens, dasjenige, welches gerade

das eigentlich kapitalistische ist, das kaufmännische, völlig verflochten, und zwar für alle Betriebe. Ihm bleibt als einziges Betätigungsfeld das Antreiben der Arbeiter im Betrieb. Er kann ja nicht mehr dadurch Profite erzielen, daß er billig kauft, teuer verkauft, sondern nur noch dadurch, daß er seinen Arbeitern möglichst viel Arbeit extort.

Das muß den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit steigern, aber auch die Situation des Kapitalisten zu einer höchst widerlichen gestalten.

Und diese Degradierung des Kapitalisten trifft bei der Planwirtschaft die ganze Klasse auf einmal, während die Sozialisierung einiger Betriebe und Produktionszweige anfänglich nur einen geringen Teil der Kapitalistenklasse trifft und mit solchen Produktionszweigen beginnt, die zu privaten Monopolen geworden sind und als solche in einem Gegensatz zu jenen Zweigen stehen, in denen noch freie Konkurrenz herrscht.

Es ist also durchaus nicht zu erwarten, daß die Planwirtschaft auf geringeren Widerstand stößt als die schrittweise Enteignung von Betrieben.

Sie erlaubt aber auch nicht eine raschere Durchführung der Sozialisierung. Ihre Voraussetzung bildet eine eingehende Statistik sowohl der Produktionskräfte wie des Konsums. Und zwar eine Statistik nicht bloß für das eigene Land. Otto Neurath meint darüber:

„Die Gesamtorganisation ... kann nur dann die Wirtschaftlichkeit der Lebensordnung erhöhen, wenn sie über einen ausreichenden Wirtschaftsplan verfügt. Es genügt nicht, die Produktionsmöglichkeiten und den Verbrauch im ganzen zu kennen, man muß die Bewegung und das Schicksal aller Rohstoffe und Energien, der Menschen und Maschinen durch die Wirtschaft hin verfolgen können. Neben die Rohstoff- und Energiebilanz, welche Erzeugung, Verwandlung (Verbrauch), Vorratbildung, Einfuhr, Ausfuhr des ganzen Landes behandelt und etwa nach einzelnen Rohstoffen wie Kupfer, Eisen usw. verfolgt, muß die Bilanz der einzelnen Industriezweige, der Landwirtschaft usw. treten. Man muß erkennen können, welche Mengen an Rohle, Eisen, Kalk usw., Maschinen, Menschen usw. für die Gütenwerke in Anspruch genommen werden, was davon in die Industrie, in die Landwirtschaft übergeht.

Um solche Übersichten im Stil eines Balko-Mantico oder Popper-Lynkeus entwerfen zu können, dazu bedürfen wir einer

Universalstatistik, welche in zusammenhängenden Übersichten ganze Länder, ja die Welt umfaßt. Wäre eine solche Universalstatistik, ein solcher Wirtschaftsplan seit jeher das Ziel unseres Strebens, so würde die gesamte Wirtschaftsstatistik niemals in den jetzigen planlosen Zustand gekommen sein.“ (Wesen und Weg der Sozialisierung, S. 8.)

„Die Wirtschaftspläne müßten von einer eigenen Stelle entworfen werden, welche die gesamte Volkswirtschaft wie einen riesigen Betrieb anzusehen hätte. . . . Die Naturalrechnungszentrale, wie wir die erwähnte Stelle nennen können, hätte einerseits den jeweiligen Wirtschaftsablauf darzustellen, vor allem aber Wirtschaftspläne für die Zukunft zu entwerfen.“ (N. a. D., S. 9.)

Bevor wir diese Universalstatistik für die Welt und den auf sie aufgebauten Wirtschaftsplan haben, ist an eine Durchführung der Planwirtschaft schwer zu denken. Eine so umfassende Statistik läßt sich aber nicht von heute auf morgen schaffen. Sie bedarf eines kolossalen Apparats sachkundiger und gewissenhafter Arbeitskräfte. Es wird viele Jahre brauchen, bis wir zu einer eintiergemakten verlässlichen Statistik dieser Art kommen — wenn eine solche auf Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln überhaupt möglich ist. Und das ist stark zu bezweifeln.

Neurath scheint sich den Organismus der Gesamtwirtschaft denn doch etwas gar zu einfach vorzustellen. Er spricht bei den Produkten, die in Frage kommen, immer nur von den Ausgangspunkten der Produktion, Kohle, Eisen, Kupfer, Stahl, Zement usw. Alles das läßt sich heute schon zahlenmäßig erfassen. Aber die statistischen Schwierigkeiten wachsen mit dem Fortschreiten des Rohprodukts durch die verschiedenen Stadien der Verarbeitung bis zur schließlichen Fertigstellung der Produkte für den persönlichen Konsum. Die unendliche Mannigfaltigkeit aller dieser Produkte bei privater Produktion statistisch genau zu erfassen, scheint mir ganz unmöglich.

Daß sich Neurath die Planwirtschaft zu einfach vorstellt, dürfte auch daraus erhellen, daß er den Wirtschaftsplan auf Naturalwirtschaft aufbauen will. Wir werden aber noch sehen, daß auf dieser Basis nur eine ganz rohe Wirtschaft mit den primitivsten Bedürfnissen ihrer Mitglieder möglich ist, oder eine so sublimen Wirtschaft, wie sie heute nur in Wolken-

landesheim besteht. Sie ist ganz unvereinbar mit den ökonomischen Zuständen und Bedürfnissen, die bestehen, und denen, die aus ihnen entspringen.

Der Wirtschaftsplan, von dessen Zustandekommen das Schicksal der Sozialisierung abhängig gemacht wird und der ihren Ausgangspunkt bilden soll, ist sicher heute und wahrscheinlich so lange, als es noch eine private Produktion von Belang gibt, nichts als eine Fatc Morgana.

Noch weit wichtiger als diese Einwände gegen das Anstreben der Planwirtschaft als Ausgangspunkt der Sozialisierungstätigkeit ist aber folgendes: Sie behält (wenigstens zunächst) das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Leitung des Betriebs durch den Kapitalisten oder dessen Vertreter bei, will aber gleichzeitig die Profitwirtschaft in eine Bedarfsdeckungswirtschaft verwandeln. Heute wirkt der Profit als Triebkraft und Regulator der Produktion der privaten Kapitalisten. Er ist ein höchst unvollkommener Regulator, der sich nur durch Krifen, mit steten Reibungen und großem Kraftverlust durchsetzt, aber er zeigt sich bisher als der einzig mögliche Faktor, der auf Grund des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln die Produktion in Gang zu halten vermochte.

Nun soll dies Eigentum fortbestehen, an Stelle des Profits als Triebkraft und Regulator aber der von Staats wegen auferlegte Wirtschaftsplan treten. Woher soll dieser seine bestimmende Kraft erhalten? Offenbar von derselben Quelle, deren dazu bestellten Organe den Plan auszuarbeiten, vom Staat. Dieser soll die einzelnen Produzenten zwingen, ihre Produktion diesem Plan entsprechend einzurichten, ohne Rücksicht darauf, wie ihre geschäftlichen Aussichten ohne ihn wären.

Auf Zwang, das haben wir schon wiederholt bemerkt, läßt sich jedoch eine höhere, verfeinerte Produktionsform nicht begründen. Der Zwang in der Produktion führt stets nur zu niedrigen, rohen Produktionsformen. Unser Sozialismus soll aber einen Fortschritt über den Kapitalismus hinaus, nicht einen Rückschritt hinter ihn darstellen. Wir wollen das Quantum an Zwang, das in der Lohnarbeit heute noch steckt, nach Möglichkeit durch das Interesse des Arbeiters an der Arbeit und ihrem Ergebnis ersetzen, nicht aber unter Beibehaltung

der bisherigen Produktionsformen ein neues Element des Zwanges als Triebkraft in den Produktionsprozeß einfügen. Wohlgerneht: als Triebkraft. Der gesellschaftliche Zwang kann Großes leisten, wo es gilt, eine schädliche Übermacht abzuwehren oder lahmzulegen. Der Zwang war unentbehrlich, um die Feudalherren zu veranlassen, auf ihre Rechte und ihr Eigentum zu verzichten. Er ist unentbehrlich, um die Industriellen zu hindern, daß sie ihre Arbeiter zu Tode schinden, daß sie Arbeiterkinder im ärmsten Alter schon in die Hölle der Fabrik verdammen und sie bei Nacht wie bei Tag steter Arbeitsqual aussetzen, die sie verumt und entnerbt. Zwang wird notwendig sein, den Kapitalisten das Eigentum an den Produktionsmitteln zu nehmen.

In dieser Art kann der Zwang sehr fruchtbringend, ja unerlässlich sein. Aber ganz anderer Art ist der Zwang, der nicht negativ, sondern positiv wirken und mich drängen will, mit Widerstreben etwas zu leisten, was nur dann ausreichend gelingen wird, wenn es mit Lust und Liebe vollzogen wird.

Die Anhänger der Planwirtschaft weisen auf die Trusts, Kartelle usw. hin, in denen trotz des Fortbestehens des Privateigentums an den Produktionsmitteln der einzelne Unternehmer doch nicht nach seinem Gutdünken, sondern nach den Anweisungen der Gesamtorganisation produziert und verkauft. In der Tat bedeutet der Gedanke der Planwirtschaft nichts als eine Ausdehnung des Gedankens des Syndikats. Auf der einen Seite sollen solche Verbände allgemein und obligat, zu Zwangssyndikaten werden, und andererseits sollen diese in engen, harmonischen Zusammenhang miteinander gebracht werden.

Dabei wird nur eine Kleinigkeit vergessen: in den Verbänden, die durch die Kapitalisten, nicht durch den Staat geschaffen wurden, ist das Wirken des Profits nicht ausgeschaltet. Im Gegenteil, gerade auf ihm beruht ihre Kraft und Lebensfähigkeit. Die Trusts und Kartelle sind geschaffen, um ihren Mitgliedern den Profit zu erhöhen, um ihnen Extraprofite zu verschaffen, die sie bei freier Konkurrenz nicht einheimen könnten. Dieser Profit, dieses Interesse und nicht äußerer Zwang veranlaßt die einzelnen Unternehmer, sich der Regelung der Produktion durch den Verband zu unterwerfen. Und

diese Regelung wieder bezweckt nicht die Anpassung der Produktion an den Bedarf, sondern das Zurückbleiben der Produktion (oder doch des Angebots auf dem inneren Markt) hinter dem Bedarf.

Wo der Unternehmerverband nicht in der Lage ist, seine Profite in dieser Art auf Kosten der Konsumenten zu erhöhen, wendet er seine ganze Kraft bloß gegen die Arbeiter.

Die Planwirtschaft will Unternehmerverbände, die ihre Spitze weder gegen den Arbeiter noch den Konsumenten richten und denen jede Möglichkeit zu Extraprofiten genommen ist. Sollte es ihr gelingen, der Unternehmerverbände in dieser Weise Herr zu werden, dann nimmt sie ihnen die belebende Seele, so daß sie für die Regelung der Produktion völlig verjagen werden. Es wird dem Staate zur Durchführung seines Wirtschaftsplans nichts anderes übrigbleiben, als neben dem Produktionsapparat einen ungeheuren Polizeiapparat aufzubauen, um den ersteren zu überwachen. ^{Original}igam und mühsam würde dieser Aufbau werden, um ⁿ Wirken würde bald unerträgliche Reibungen und Hemmungen ergeben. Das Resultat wäre schließlich ebenso kläglich wie heute das russische.

Man berufe sich nicht darauf, daß die Zwangswirtschaft im Kriege nützlich, ja notwendig gewesen sei. Die Verhältnisse, die ein Krieg schafft, sind keine normalen. Und selbst die Kriegswirtschaft schaltete den Profit nicht aus, sondern produzierte mit recht fetten Profitten. Daß man dort, wo Zwangswirtschaft einmal besteht, nicht ohne schwere Schädigungen der Bevölkerung sofort zur freien Wirtschaft übergehen kann, ist sicher. Aber das beweist noch lange nicht, daß die Zwangswirtschaft auf der Basis des Privateigentums an den Produktionsmitteln der freien Wirtschaft überlegen oder überhaupt auf die Dauer erträglich ist.

Eine Bedarfsdeckungswirtschaft ohne unerträglichen und unnützen, ja schädlichen Zwang als Triebkraft läßt sich nur dann einrichten, wenn diejenigen, deren Bedarf gedeckt werden soll, selbst über die Produktionsmittel verfügen. Je mehr die organisierte Macht der Gesellschaft, der Staat an wichtigen Produktionsmitteln besitzt und anwendet, desto klarer wird seine Einsicht in die Produktionsmöglichkeiten und den Bedarf, desto näher wird seine Produktions- und Konsum-

statistik dem Ideal einer Universalstatistik kommen. Desto mehr wird die Bedarfsdeckungswirtschaft seiner Betriebe sich einer Planwirtschaft für die ganze Gesellschaft nähern.

So notwendig und fruchtbringend diese Planwirtschaft ist, sie kann nicht der Ausgangspunkt der schrittweisen Sozialisierung sein, sondern nur deren **Endergebnis**. Sie beim Beginn der Sozialisierung schon aufzurichten wollen, heißt fordern, daß mit dem Aufbau des Sozialismus beim Dache begonnen werde.

Weil dem so ist, muß es als ganz verkehrt bezeichnet werden, wenn, was häufig der Fall, die Sozialisierung als Heilmittel für eine der Krisen von heute empfohlen wird. Der Sozialismus wird den Krisen und damit der Arbeitslosigkeit gründlich ein Ende machen, sobald er einmal so weit durchgeführt ist, daß seine Wirtschaft eine ausgebildete Planwirtschaft darstellt. Krisen und Arbeitslosigkeit werden auch in dem Maße sich mildern, in dem die Sozialisierung fortgeschritten. Aber diese wird niemals so rasch und umfassend vor sich gehen können, daß sie vermöchte, einer bereits hereingebrochenen Krise ohne weiteres ein Ende zu machen.

Nicht als Heilmittel für schon eingetretene Krisen, sondern nur als Prophyllage gegen kommende kann die Sozialisierung erfolgreich wirken.

Man sollte annehmen, daß das bereits einen ungeheuren Fortschritt darstellt.

6. Die Bureaucratie.

Wir werden die Sozialisierung also nicht beim Zirkulationsprozeß, sondern beim Produktionsprozeß beginnen, dort, wo der Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit schärf zutage tritt, der die mächtigste Triebkraft der Sozialisierung bildet. So hat ja auch der erste Band des Marx'schen „Kapital“, der den Produktionsprozeß behandelt, die tiefsten historischen Wirkungen geübt, während der zweite Band, der den Zirkulationsprozeß untersucht, nur von einigen wenigen Fachgelehrten beachtet wurde.

Die Produktion in der heutigen Gesellschaft ist aber ein unendlich mannigfaltiger Vorgang. Zur Zeit der bürgerlichen Revolution bildete noch der häuerliche Betrieb die un-

geheure Mehrheit der Produktionsbetriebe aller Länder. Das berlieh ihrer Produktion eine große Uniformität. In den Städten bestand wohl eine gewisse Arbeitsteilung der Verufe, aber auch die war noch nicht weit fortgeschritten.

Heute dagegen ist die Arbeitsteilung der Verufe und Betriebe ungeheuer weit gediehen, und sie wächst noch mit der Ausdehnung des Weltmarktes. Jede Spezialität hat ihre Eigenart, ihre besonderen technischen und ökonomischen Bedingungen, die auch besondere Organisationsformen der Betriebe schaffen.

Die kapitalistische Produktionsweise ist die herrschende geworden, aber sie ist keineswegs die einzige. Noch gibt es zahlreiche vorkapitalistische Betriebsweisen, namentlich in der Landwirtschaft. Aber auch der industrielle Kapitalismus selbst, der sich so rapid wandelt, weist verschiedene Entwicklungsformen auf, von der kleinlichsten durch einen Verleger organisierten und ausgebeuteten Hausindustrie bis zu den modernen Ungetümen der Riesenkonzerne etwa vom Typus des amerikanischen Stahltrusts.

Und zu diesen Verschiedenheiten der ökonomischen Entwicklungshöhe gesellen sich noch die Verschiedenheiten der Technik, die andere Organisationsformen und Bedingungen erheischen für die Schwerindustrie und andere für die Textilindustrie; andere für die chemische Industrie und andere für den Buchdruck usw.

Ungeachtet dessen sind nicht alle Produktionszweige und Betriebe gleich reif für die sofortige Sozialisierung. Diese wird dort anfangen müssen, wo die Bedingungen für sie am günstigsten sind, um dann, gestützt auf die dort gemachten Erfahrungen, allmählich auch an kompliziertere und schwierigerere Gebiete heranzugehen. Sie wird sehr verschiedene Ausgangspunkte haben und sehr verschiedene Formen in den einzelnen Produktionszweigen annehmen müssen. Zu den Formen, die wir heute schon voraussehen können, werden sich mit wachsenden Erfahrungen wohl noch neue hinzugesellen, denn das Leben ist immer noch reicher als die üppigste Phantastie. Das Abbild des Lebens in unserem Geiste ist immer eine Abstraktion, eine Vereinfachung. Das gilt schon vom Abbild der Gegenwart, in der wir mitten drin stehen; wieviel mehr dann

von dem Bilde, das wir uns auf Grund einzelner Indizien von der Zukunft zu entwerfen vermögen.

Das hat man vielfach in unseren Reichen und erst recht bei den Gegnern übersehen und sich eine sozialistische Produktion von höchster Uniformität vorgestellt. Alle Betriebe sollten in Staatsbetriebe wie Post und Eisenbahn verwordelt und von der staatlichen Bureaufkratie geleitet werden. Nach dieser Auffassung wurde ja auch im Sowjetstaat die Produktion organisiert.

Man kann man sich über die sozialistische Produktion die verschiedensten Vorstellungen machen, aber eines steht fest: die staatliche Bureaufkratie ist ihrer Geschichte und ihrem Wesen nach der ungeeignetste Faktor zur Herstellung sozialistischer Produktion.

Wir haben bereits gesehen, daß Marx ihr Tätigkeitsgebiet aufs äußerste einschränken wollte. Das gilt für die Politik und erst recht für die Ökonomie.

Man bemerke wohl, daß wir hier von der staatlichen Bureaufkratie sprechen, nicht von der Bureaufkratie überhaupt, von der die staatliche nur eine besondere Abteilung ist.

Die Zukunft gehört in der Ökonomie ebenso wie in der Politik der Massenorganisation. Diese bedarf einer Leitung mit zahlreichen Organen. Je komplizierter und höher die Aufgaben der Organisation, desto weniger kommen ihre Leiter und deren Helfer mit dem bloßen gesunden Menschenverstand und allgemeiner Bildung aus. Desto weniger darf sie eine bloß dilettantische, in den Mußestunden nach Feierabend betriebene sein. Sie bedarf besonders ausgebildeter und erfahrener Fachleute, die in ihren Bureaus eine besondere Organisation, eine Bureaufkratie bilden.

Diese Bureaufkratie bilden sicher eine Gefahr für die Mitglieder der Organisation. Die einzelnen Mitglieder stehen zusammenhanglos der geschlossenen Phalanx des leitenden Bureaus entgegen, dessen Elemente in steter Verbindung miteinander stehen und den Mitgliedern an Wissen — wenn auch nicht notwendigerweise an allgemeiner Bildung, stets aber an Fachwissen — überlegen sind.

Trotzdem kann auch die demokratischste Massenorganisation, wenn sie moderne Aufgaben zu erfüllen hat, ohne Bureauf-

kratie nicht auskommen. Keine Partei, keine Gewerkschaft, kein Großbetrieb, selbst wenn er sozialistisch organisiert ist. Eine Demokratie, die sich ohne Bureaufkratie behelfen will, kann nur primitiven Aufgaben entsprechen. Die moderne Demokratie bedeutet nicht Beseitigung der Bureaufkratie, sondern deren Unterordnung unter die Mitglieder der Organisation, von deren Wahl und Kontrolle sie abhängig wird.

Das allein genügt freilich nicht zur Sicherung der Demokratie angesichts der natürlichen Überlegenheit der Bureaufkratie über die Masse.

Als Sicherung wurde empfohlen: allgemeines Mißtrauen gegen die Bureaufkraten und namentlich gegen ihre Führer. Bebel zum Beispiel liebte es, das Mißtrauen als demokratische Tugend zu bezeichnen. Aber in Wirklichkeit wirkt das Mißtrauen lähmend. Eine Organisation, die ihrer Leitung mißtraut, die nicht von vollem Vertrauen zu ihren Führern getragen ist, wird nie Großes leisten. Allerdings wirkt es komisch, wenn manche Führer das Vertrauen als eine pflichtgemäße Leistung von den Mitgliedern an sie einfordern. Vertrauen kann nie gefordert, kann stets nur geschenkt werden. Und blindes Vertrauen wirkt verhängnisvoll. Ebenso sehr aber blindes Mißtrauen, das Spreu und Weizen nicht zu sondern versteht.

Nicht Mißtrauen schützt davor, daß die Führer in den Bureaus sich zu einer wahrhaften Bureaufkratie, das heißt einer Herrschaft der Bureaus über die Massen entwickeln, sondern nur die Intelligenz und das Wissen der Massen. Wenn diese auch naturgemäß nicht die Detail- und Fachkenntnis der Bureaufkratie erwerben können, da sie sich nur nebenher mit den Dingen beschäftigen können, die deren Beruf bilden, so müssen sie doch so intelligent und geschult sein, daß sie sachliche Argumente, von Phrasen und den ernststen Arbeiter vom Demagogen unterscheiden können. Wo sie so weit sind, werden sie imstande sein, bei demokratischer Organisation die Bureaufkratie zu meistern, das heißt aus ihr ein Werkzeug zu machen, das vollkommen und wirksamer, als sie selbst es ohne sie vermöchte, den Zwecken der Organisation dient und die Kräfte der Masse planmäßiger und wirksamer, als es sonst der Fall wäre, für diese Zwecke einsetzt.